4. Jahrgang. Nr. 235. Einzelnummer 6.— Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— Mk. Durch Austräger 30.— Mk. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst.: 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Montag, 16. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mk.

Die Schwindelmaßnahmen.

Der Marksturz, Fritz Ebert und die Notverordnung.

Fritz Ebert wird energisch: er will die widerspenstige Mark, die trotz allem guten Zureden der Gewerkschaftsinstanzen und VSPD.-Führer bis auf mehr als ein Sechshundertstel ihres Wertes gefallen ist, mit Gewalt zur Raison bringen. Artikel 48 der Reichsverfassung, der jedesmal aus der Versenkung auftaucht, wenn die bürgerliche Demokratie am Ende ihres Lateins ist, soll gegen den Marksturz helfen. Ausnahmeverordnungen, die gegen die Kommunisten versagten, sollen gegen kapitalistische Schieber und Wucherer vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten erlassen werden. Freudig stellt die VSPD. diesen ersten Erfolg des sozialistischen Machtzuwachses von Nürnberg fest.

Die geistigen Urheber.

Schade nur, daß mit diesem Machtzuwachs nicht nur Hilferding, der geistige Vater der angekündigten Ausnahmeverordnungen Eberts, und der „Vorwärts" einverstanden sind; sondern daß die ganze bürgerliche Presse einschließlich der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung" und der Stinnes-„D.A.Z." Beifall klatschen. Ja, „Die Zeit" des Herrn Stresemann ist gekränkt, weil der „Vorwärts" die bürgerlichen Parteien als Feinde der geplanten Ausnahmeverordnungen hingestellt hat. In der Tat führt Fritz Ebert mit der Ausnahmeverordnung nur aus, was die Schwerindustrie in der „Bergwerks-Zeitung", in der „D.A.Z." und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" seit Wochen gefordert hat. So lange die Markentwertung nur den Reallohn der deutschen Arbeiter auf unter die Hälfte seines Wertes gesenkt und damit zur Grundlage der Scheinkonjunktur und der Milliardenprofite des deutschen Industrie- und Handelskapitals geworden war, so lange dachten weder das deutsche Unternehmertum und die Bankmagnaten, noch Fritz Ebert und Hilferding an die Waffe des Artikel 48. Sobald aber, wie das jetzt deutlich geworden ist, der Marksturz mit Kreditnot, Geldmangel und drohender Betriebseinstellung sich gegen das Kapital selbst zu wenden beginnt, greift Fritz Ebert energisch ein: der Mann, der für den 3. Dezember um die Stimmen der Deutschen Volkspartei wirbt, und der mit seinem ganzen Einfluß die große Koalition schon heute verwirklichen will, weiß, was er seinen Wählern schuldig ist. Seine Verordnungen sind keine Verordnungen gegen das Kapital, dessen Zerfall die Markentwertung bedingt, und das aus ihr auf Kosten des Proletariats Milliarden an Profiten herauswirtschaftet; sie sind Verordnungen zum Schutze des Kapitals gegen die ihm jetzt verhängnisvoll werdenden Folgen des Marksturzes.

Die „Kontrolle".

Es wird eine Kontrolle des Devisenhandels zur Unterbindung der Devisenspekulation angekündigt. Die Devisenankäufe sollen der Kontrolle der Außenhandelsstellen unterstellt werden. Selbst wenn diese Zentralisierung des Devisenhandels technisch möglich wäre — die Erfahrungen der Zwangswirtschaft zeigen, daß jede derartige kapitalistische „Kontrolle" zum Nährboden des üppigsten Schleichhandels wird — die wirkliche Devisenspekulation würde damit nicht getroffen. Allerhöchstens würde einigen Außenseitern, einigen kleinen Börsenschiebern das Handwerk gelegt. Aber glaubt jemand außer den Kleinbürgern in der Regierung und im Vorwärts im Ernst, daß Stinnes mit seinen Luxersac-Verbindungen, daß die internationalen Konzerne der Schwerindustrie mit ihren ausländischen Niederlassungen, wie Orenstein & Koppel und Mannesmann, von den Großbanken ganz zu schweigen, überhaupt auf die von Fritz Ebert einzurichtende Devisenzentrale angewiesen sind, wenn sie Dollars, Pfund Franken hamster und sorgfältig in Amsterdam oder in Zürich ins Depot bringen? An diese Herrschaften kommt man mit Notverordnungen gegen Börsenspekulationen, die etwa auf der Höhe der nationalökonomischen Einsicht Knüppelkunzes stehen, nicht heran. Wie es denn überhaupt eine Illusion ist, zu glauben, daß der Sturz der Mark, der dem Zerfall des deutschen Kapitalismus geschuldet ist, durch Maßnahmen aufgehalten werden könnte, die die kapitalistische Anarchie in ihren Grundlagen völlig unberührt lassen. Quacksalberei an den Symptomen nützt hier nichts. Und an den Kapitalismus selbst wagt sich Fritz Ebert, der wiedergewählt werden will, nicht heran.

Als zweite Maßregel ist die Einführung von Goldschatzwechseln geplant. Die massenhafte Ausgabe von Reichsschatzwechseln in Papiermark, von denen allein in den letzten 10 Tagen 80 Milliarden ausgegeben worden sind, hat dahin geführt, daß die Reichsbank auf ihnen sitzen bleibt. Das Privatkapital lehnt die Uebernahme dieser sich dauernd entwertenden Papiere ab; mehr als 90 Prozent der heute 450 Milliarden betragenden schwebenden Schuld des Reiches ist im Besitz der Reichsbank, also des Reiches selbst. Ebert und sein „marxistischer" Berater, Rudolf Hilferding, glauben, den privaten Kredit für das Reich wieder flüssig zu machen, wenn die Reichswechsel nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark ausgestellt werden; d. h. wenn die Zins- und Rückzahlung jedesmal nach dem in Goldmark berechneten Kurs der Papiermark geschieht. Die Herren übersehen bei dieser Rechnung nur, daß sie damit an Stelle der eben verbotenen Devisenspekulation ein neues Spekulationsgebiet und ein neues Spekulationsobjekt schaffen. Statt in Dollars und Pfund wird die Börse jetzt mit Goldschatzwechseln ihre Geschäfte machen. Sie lassen Devisenkontrolle ruhig Devisenkontrolle sein und senken die Mark mit Hilfe des eigens dazu, durch die Notverordnung geschaffenen Geldwechsel des Reiches. Der Sozialdemokrat Fritz Ebert sorgt schon dafür, daß die eben verbotene Devisenspekulation ihren Blitzableiter findet. Die Markentwertung — das ist der Sinn dieser Maßnahme — soll, soweit sie dem Schwer- und Bankkapital nützlich ist, dem deutschen Volke erhalten bleiben.

Und wenn als dritte Maßregel noch das Verbot, die Preise im Inland in ausländischen Zahlungsmitteln d. h. also in Gold, zu berechnen, angekündigt wird, so genügt, um deren Wirksamkeit darzutun, der einfache Hinweis darauf, daß ja das Reich in seinen Goldwechseln an erster Stelle dieses Verbot durchbricht.

Der wahre Zweck der Notverordnung.

Die Notverordnung Fritz Eberts gegen den Marksturz ist in Wirklichkeit ein Propagandamittel, um seine Wahl beim Schwer- und Bankkapital, dem sie keine Nachteile zufügt, und beim Kleinbürgertum, dem sie wilhelminische Energie vorschwindelt, zu sichern. Die Arbeiterschaft hat durch diese Neuverordnung nichts zu erwarten: alle diese verhängnisvollen Folgen der Markentwertung, wie Teuerung, Hunger und Elend, treffen nach wie vor die breiten Massen, ja, sie werden durch die Notverordnung ausdrücklich sanktioniert.

Politisch beweist die Notverordnung Fritz Eberts, daß die bürgerliche Demokratie und die sie beherrschenden Schwer- und Bankkapitalisten vor dem wirtschaftlichen Belagerungszustand nicht zurückschrecken, wenn es gilt, die Vorteile der Devisenspekulation sich als Reservatrecht zu sichern, um die kleinen Kapitalisten weiter zu ruinieren und das Proletariat noch schamloser als bisher durch Diebstahl am Lohn, durch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit und durch Arbeitszeitverlängerung auszuplündern. Die Massen müssen da fragen, wenn schon der wirtschaftliche Ausnahmezustand möglich ist, warum wendet ihn der sozialdemokratische Reichspräsident nicht an dort, wo es gilt, wirklich die Not zu lindern — gegen die Bourgeoisie? Wo bleibt Artikel 48 gegen den Brotwucher, gegen die Sabotage des Umlageverfahrens, gegen die Brachlegung des Grund und Bodens durch die Junker? Warum hat Fritz Ebert den Artikel 48 noch nicht angewendet zur Beschlagnahme des nicht ausgelieferten Getreides, der zurückgehaltenen Kartoffeln, zur Enteignung der hunderttausend Hektar von den Junkern brachgelegten Ackerlandes? Die systematische Aushungerung der Massen durch das Industrie- und Agrarkapital ist mindestens eine ebenso erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die den Reichspräsidenten nach der Verfassung zur Anwendung des Artikels 48 ermächtigt, wie der Marksturz.

Wo bleibt die Linderung der Wohnungsnot durch Beschlagnahme der Villen und Luxuswohnungen der Bourgeoisie? Wo die Schließung der Luxusgaststätten und ihre Verwandlung in Volksspeiseanstalten? Auch hier liegt wahrlich eine Gefährdung und Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch das Kapital vor: aber auf die Anwendung des Artikels 48 gegen diese Notstände warten die Massen bis heute vergeblich. Wo bleibt schließlich die Sachwerterfassung, eingeleitet durch Artikel 48, gegen die Steuersabotage der Bourgeoisie?

Der Schritt Fritz Eberts, den Artikel 48 gegen die Devisenspekulation in Bewegung zu setzen, zeigt, daß der Reichspräsident die Möglichkeit hat, selbst nach den Vorschriften der bürgerlich-demokratischen Verfassung, durch Wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten der hungernden und darbenden Massen einzugreifen — wenn er es will und darf. Aber er will und darf es nicht. Er will und darf allein die Ausbeutefreiheit des Kapitals gegen das Proletariat sichern und fördern, wie es die große Koalition, seine Wiederwahl und die Arbeitsgemeinschaftspolitik ihm vorschreiben. Die Arbeiter, die darauf hoffen, daß Fritz Ebert mit Artikel 48 wirtschaftliche Gewaltmaßregeln gegen das Kapital durchsetzen würde, können bis in alle Ewigkeit warten.

Die Schwindelmaßnahmen der Arbeitsgemeinschaftler.

Die Notverordnung gegen den Marksturz ist eine der typischen politischen und wirtschaftlichen Schwindelmaßnahmen der Arbeitsgemeinschaftler, die dem Kapital nicht an den Kragen zu gehen wagen. In wenigen Wochen, wenn nicht Tagen wird die bittere Enttäuschung folgen, wie sie bisher auf alle Scheinmaßnahmen der Regierung gefolgt ist. Helfen kann allein gegen die wachsende Not, gegen die Brotverteuerung — der bisher einzige reale Erfolg der Vereinigung der Sozialdemokraten — die Organisierung der Kontrollausschüsse, die getragen sind von dem bewußten Willen der breiten Massen, endlich Schluß zu machen mit dem Wucher durch den Beginn der Preis- und Produktionskontrolle und der wirklichen Sachwerterfassung.

Die Notverordnung Fritz Eberts ist ein Ausdruck der Wirtschaftsdiktatur des Schwer- und Bankkapitals. Ihr muß das Proletariat seine Gegenmaßnahmen entgegenstellen.

Das Reichsmietengesetz und seine Wirkungen.

Von Rechtsanwalt Simon-Breslau.

IV.

Zu dieser Miete treten dann noch besondere Zuschläge für die großen Instandsetzungsarbeiten. Die hierfür notwendigen Mittel können nach dem Gesetz auf zwei verschiedenen Wegen aufgebracht werden. Entweder wird von allen Wohnungen ein bestimmter Zuschlag zur Grundmiete erhoben, der für jeden Vermieter auf ein Hauskonto einzuzahlen ist. Verfügungen des Vermieters über diese Hauskonten bedürfen der Zustimmung der Mieter. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers kann jedoch die oberste Landesbehörde davon abweichen und einen anderen Weg wählen. Dann wird für diejenigen Gebäude, in denen große Instandsetzungsarbeiten notwendig sind, ein besonderer, individuell berechneter Zuschlag vom Mietseinigungsamt festgesetzt. In beiden Fällen kann ein Ausgleichsfonds gebildet werden, aus dem an wirtschaftlich Schwache Beihilfen zur Vornahme großer Instandsetzungsarbeiten gegeben werden können. Dieser Ausgleichsfonds ist aufzubringen durch besondere Zuschläge zur Wohnungsabgabe. Die Mittel fließen der Gemeinde zu, die nähere Verwendung regelt die oberste Landesbehörde. Vor der Gewährung von Mitteln aus diesem Fonds sind Vermieter- und Mietervertreter zu hören. Auch hier ist vorgesehen, daß auf den Vermieter ein Zwang zur Vornahme großer Reparaturen ausgeübt werden kann. Im Notfalle kann die Gemeinde die Arbeiten selbst ausführen und die entsprechenden Gelder vom Hauskonto oder von den individuellen Zuschlägen einziehen.

In Preußen erfolgt die Einrichtung von Hauskonten nur, wenn die Gemeindebehörde die Einrichtung solcher Konten beschließt und die Kommunalaufsichtsbehörde zu

dieser Einrichtung die Genehmigung gibt. In Breslau sind derartige Hauskonten nicht eingeführt; es erübrigt sich daher auf diese Einrichtung noch näher einzugehen.

Diese Zuschläge zu den großen Instandsetzungsarbeiten kommen aber nicht allen Hauseigentümern zugute. Hat nämlich der Vermieter das Gebäude erst nach dem 1. Januar 1920 erworben oder erwirbt er es erst nach dem Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes, so kann er die Gewährung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten zur Beseitigung solcher Mängel nicht verlangen, die beim Erwerbe bereits vorhanden waren, und die er gekannt hat oder kennen mußte. Ebenso sind Mittel für große Instandsetzungsarbeiten nicht zu zahlen, soweit der Vermieter mit Bezug auf das Gebäude Versicherungssummen, Vergütungen für Bergschäden oder Zuwendungen aus anderen Gründen zur Wiederherstellung des früheren Zustandes erhält.

Eine besondere Regelung ist für gewerbliche Räume vorgesehen. Hier kann einmal, wenn es die Lage des Gewerbes gestattet, ohne Rücksicht auf die erhöhten Selbstkosten des Vermieters ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt werden. Außerdem kann für einzelne Betriebe der Instandsetzungs- und Verwaltungszuschlag erhöht werden, jedoch nur, wenn und soweit infolge der Eigenart des Betriebes besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen und die üblichen Zuschläge zur Deckung dieser Kosten nicht ausreichen. In Breslau ist von dieser Bestimmung kein Gebrauch gemacht, dagegen in Schweidnitz.

Die verschiedenen Hundertsätze (für Verwaltungskosten, Betriebskosten, laufende und große Instandsetzungsarbeiten und für gewerbliche Räume) werden entweder von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde festgesetzt. Vorher sind Vermieter- und Mietervertreter zu hören.

Für die Stadt Breslau sind folgende Grundsätze festgelegt:

Abzüge von der Friedensmiete:

a) Betriebs- usw. Kosten	20%
b) Sammelheizung	9%
c) Warmwasserversorgung	3%
d) Bedienung der Sammelheizung	2%
e) Treppenhaus- und Flurbeleuchtung	1%
f) Fahrstuhlbenutzung	3%

Für alle anderen Nebenleistungen die tatsächlich entstandenen Vorkriegskosten.

Zuschläge zur Grundmiete:

a) Für Steigerung der Zinsen	10%
b) Verwaltungskosten	
aa) bis zu 8 Mietsräumen	30%
bb) „ „ 16 „	35%
cc) über 16 „	40%

Nicht mitgezählt werden die dem Reichsmietengesetz nicht unterliegenden Räume.

Die weiteren Kosten, wie Grund- und Gebäudesteuer, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Treppenhaus- und Flurbeleuchtung, Hausmeistervergütung usw. werden in der tatsächlich entstandenen Höhe auf alle Räume nach dem Verhältnis der Grundmiete umgelegt. Falls die Treppenhaus- und Flurbeleuchtung sich nicht genau ermitteln läßt, ist ein besonderer Zuschlag von 30% der Grundmiete zu zahlen.

Für die laufenden Instandsetzungsarbeiten außerhalb der Wohnung 100%, und für die großen Instandsetzungsarbeiten besonderer Zuschlag bis höchstens 150% zur Verzinsung und Tilgung von Mitteln, aber nur im Einzelfall für seit Oktober 1920 oder in den nächsten 12 Monaten seit Antrag notwendigen großen Instandsetzungsarbeiten. Die Festsetzung erfolgt durch das Mietseinigungsamt.

(Fortsetzung folgt.)

An alle Mitglieder der Kommunistischen Partei im Wahlbezirk 10 Oppeln (OS.)

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. September sind die Wahlen zum Deutschen Reichstag, zum Preußischen Landtag und zum Oberschlesischen Provinziallandtag für Sonntag, den 19. November, festgesetzt worden. Gemäß den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale zum Parlamentarismus, beteiligt sich auch die Kommunistische Partei an diesen Wahlen. Die Kommunistische Partei wird in der Wahlagitation einer Einheitsfront von den „Deutschnationalen bis zu der Vereinigten Sozialdemokratie" gegenüberstehen. Alle diese Parteien sind heute bereits in die Wahlagitation eingetreten und werden natürlich ihren größten Feind in der Kommunistischen Partei sehen, und kein Mittel unversucht lassen, um die Kommunisten auf Schritt und Tritt mit Verleumdungen zu überschütten.

Mit dem Eintritt der Kommunistischen Partei in die Wahlkampagne entstehen ihr ungeheure politische und organisatorische Aufgaben, die sie zu überwinden haben wird. Der Ausgang der Wahlen am 19. November wird das Spiegelbild unserer vierjährigen Tätigkeit in Oberschlesien sein. Es wird sich zeigen müssen, welchen Einfluß die Kommunisten in ihrer Agitation auf die Arbeitermasse ausgeübt haben. Soll der Ausgang der Wahlen nicht eine Niederlage für die Kommunistische Partei sein, so gilt es alles das nachzuholen, was jeder einzelne Genosse und die Gesamtpartei auf Grund der vergangenen Ereignisse in Oberschlesien zu tun versäumt hat. Und da ist die Arbeit, die noch zu leisten ist, eine riesengroße. Die Kommunistische Partei kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn während der Wahlagitation jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit herangezogen wird und seine ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellt. Um eine geregelte Organisation zur Durchführung der Wahlen zu ermöglichen, hat sich am Mittwoch, den 27. September, eine Konferenz aller im Wahlbezirk liegenden Gruppen mit der Durchführung der bevorstehenden Wahlen beschäftigt. Zur Durchführung der Arbeit wurde ein Wahlkreiskomitee eingesetzt. Das Wahlkomitee ist der Auffassung, daß in erster Linie notwendig ist, in den eigenen Reihen der Partei Heerschau zu halten. Es empfiehlt sich deshalb, in den kommenden Tagen in jeder Ortsgruppe eine Generalversammlung der Kommunistischen Partei einzuberufen, die sich mit der Durchführung der Wahlen und der Organisation im Orte und in der Umgegend, in denen die Kommunisten noch keinen Stützpunkt haben, zu befassen haben. Die Ortsgruppen haben die Versammlungen rechtzeitig beim Wahlkomitee anzumelden, damit sie mit Referenten beschickt werden können. In diesen Versammlungen haben die Ortsgruppen ferner örtliche Wahlkomitees einzusetzen, denen die Aufgabe obliegt, die Einsicht der Wählerlisten und aller mit der Wahl zusammenhängenden Arbeit durchzuführen. Diese Wahlkomitees dürfen sich unter keinen Umständen darauf beschränken, nur ihren Ort zu erfassen, sondern ihre Hauptaufgabe muß darin bestehen, die kommunistische Idee in die Bevölkerungskreise der umliegenden Ortschaften hineinzutragen. Wir dürfen uns in unserer Agitation unter keinen Umständen auf das Industrieproletariat beschränken, sondern müssen unser Hauptaugenmerk auf die breiten Massen der Landarbeiter richten, deren Stimmen am 19. November ebenso ausschlaggebend sein werden, wie die der Landarbeiter.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß diese ungeheure Arbeit überwältigt werden kann von ein paar Genossen, sondern wir brauchen, wenn wir der Aufgabe einigermaßen gerecht werden wollen, die Mitarbeit eines jeden Mitgliedes der Partei. Alle rednerisch begabten Genossen, die imstande sind, als Referenten in die Versammlungen zu gehen, haben unverzüglich dem Wahlkomitee ihre Adresse anzugeben. Das Wahlkomitee wird in den nächsten Tagen einen genauen Organisationsplan ausarbeiten, und den Ortsgruppenvorständen und den örtlichen Wahlkomitees zur Verfügung stellen.

Eine wichtige Waffe im Kampfe gegen unsere Feinde ist unsere Zeitung, die „Oberschlesische Rote Fahne" im Industriegebiet und die „Schles. Arbeiterzeitung" in den außerhalb des ehemaligen Abstimmungsgebietes liegenden Orten. Während den Wahlen müssen die Genossen mit doppelter Kraft an die Verbreitung unserer Zeitungen schreiten und sie möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich machen. Auf Grund der hohen Papierpreise kann die Kommunistische Partei nicht wie unsere Gegner das Proletariat mit Flugblättern überschütten, sondern sie muß sich auf die Herausgabe der Zeitung beschränken und verlangt deshalb von jedem einzelnen Genossen, daß sie ihren Pflichten als Revolutionäre nachkommen. Den größten Wert legt die Partei auf die mündliche Agitation der Genossen in den Betrieben, und bei jeder Gelegenheit, wo sie mit Arbeitern zusammenkommen.

Unsere Partei steht auch finanziell hinter ihren Gegnern weit zurück. Sie erhält keine Gelder von Stinnes, von den Industriebaronen und von den Agrariern, sondern sie ist auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Um die Durchführung der Wahlen nicht an den finanziellen Schwierigkeiten scheitern zu lassen, hat das Wahlkomitee Sammellisten herausgegeben, die in diesen Tagen den Ortsgruppen zugegangen sind. Unsere Genossen sollen nicht nur unter den Kommunisten sammeln, sondern bei möglichst weiten Kreisen der Arbeiter vorsprechen und ihnen klarmachen, daß die Kommunisten auch für sie wirken und auch nichtkommunistische Arbeiter die Pflicht haben, die Kommunistische Partei, die durch ihre Tätigkeit bewiesen hat, daß sie einzig und allein die Interessen des Proletariats vertritt, zu unterstützen.

In letzter Stunde wendet sich das Wahlkomitee noch einmal an die Genossen und fordert sie auf, alle Kraft in den Dienst der Kommunistischen Partei und des Wahlkomitees zu stellen, denn von der Tätigkeit jedes einzelnen Genossen wird der Wahlausgang mit einem Sieg oder einer Niederlage enden.

Das Wahlkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands für den Wahlbezirk Oberschlesien.

„Es lebe der Streikbruch!"

Das Reichspostministerium wie auch das Reichsverkehrsministerium haben bekanntlich im Frühjahr geheime Verordnungen an die ihnen unterstellten Postdirektionen bezw. Eisenbahnbetriebsämter herausgegeben, in denen unter Beifügung eines genauen Planes „von Amts wegen" die Organisierung und Ausbildung der Technischen Nothilfe für den Fall eines Streiks angeordnet wurden. Ausdrücklich wurden von den Ministern Giesberts und Groener die nachgeordneten Behörden auf die schleunigste Durchführung ihrer Verordnungen und auf die Berichterstattung, wie weit die angeordneten Maßnahmen durchgeführt worden sind, aufmerksam gemacht.

Unter den Beamten, Post- und Eisenbahnarbeitern entstand nach Bekanntwerden dieser Geheimverordnungen begreiflicherweise eine große Aufregung. Obwohl nicht nur die beiden Minister persönlich, sondern die gesamte Reichsregierung, also auch die Sozialdemokratie, für diesen amtlich organisierten Streikbruch verantwortlich ist, interpellierten die Abgeordneten Steinkopf und Seppel (SPD.) und der Abgeordnete Künstler (USP.) in einer kleinen Anfrage die beiden in Frage kommenden Minister über diese Angelegenheit. Der Zweck dieser kleinen Anfrage war, den Eisenbahnern und Postbeamten vorzutäuschen, daß die Sozialdemokratie mit diesen Verordnungen nicht einverstanden wäre.

Herr Groener hat die Anfrage Künstlers in ganz schnoddriger Weise beantwortet. In der Antwort wird die in der Presse veröffentlichte Verordnung als richtig anerkannt und nicht nur die Streikbrecherausbildung ausdrücklich verteidigt, sondern auch gutgeheißen, daß, wie in Frankfurt a. O., die Beamten in ihrer freien Zeit, d. h. nach dem Dienst diese Ausbildung betreiben müssen. Nun antwortet auch Herr Giesberts auf die Anfrage von Steinkopf und Seppel. Die Auskunft Giesberts' ist der seines Kollegen Groener würdig. Es wird darin gesagt: „Die Erfahrungen beim Eisenbahnerstreik haben die Notwendigkeit ergeben, vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Die vom Reichspostministerium herausgegebenen Richtlinien wären im Benehmen mit der Technischen Nothilfe aufgestellt und hätten den Zweck, der Regierung im Falle eines Streiks die Fortführung ihrer staatlichen Aufgaben zu ermöglichen. Nachdem die Maßnahmen nun in der Oeffentlichkeit erörtert und die Beamtenschaft über die Sachlage aufgeklärt worden ist, wird die Auswahl der Beamten von Amtswegen getroffen. Die verlangte Aufhebung der geplanten Maßnahmen würde eine Pflichtverletzung gegenüber dem Gemeinwohl und der Regierung der Republik bedeut n. In den genannten Richtlinien ist bereits die Mithilfe von Beamtenorganisationen vorgesehen."

Wie Groener, so verteidigt also auch Giesberts ganz offen und dreist die amtliche Streikbrecherorganisierung. Er lehnt es kategorisch ab, auch nur das Geringste von seinen getroffenen Maßnahmen zurückzunehmen. Jeder Beamte und Arbeiter weiß, daß ihnen dadurch jede Möglichkeit genommen ist, ihre Hungerexistenz auf dem Wege des Kampfes zu verbessern.

Doch was sagt hierauf der „Vorwärts"? Das Blatt hütet sich, auch nur ein Wort des Protestes gegen die provokatorische Antwort Giesberts vorzubringen. Sein Schmerz ist nur, daß der Postminister die Streikbrecherorganisation o h n e die Mitwirkung der Gewerkschaften durchführen will. Denn er schreibt: „Durch die ganze Heimlichtuerei in dieser Sache und die bekannten Tendenzen die sowohl im Reichspostministerium wie im Reichsverkehrsministerium herrschen, ist die Mithilfe der Organisationen nicht gerade erleichtert worden. Auch die Auswahl der Beamten von Amtswegen erscheint (!) uns als eine nicht sonderlich glückliche Formulierung.

Das ist alles. Jeder Arbeiter und Beamte kann hieraus erkennen, daß die Anfragen der sozialdemokratischen Abgeordneten nur ein grobes Täuschungsmanöver darstellen. Die VSPD ist im Grund mit Giesberts und Groener vollkommen einverstanden. Sie ist ein würdiges Mitglied der Regierung der Stinnes-Republik. Doch gelbe und Streikbrecherorganisationen waren immer die Hilfsmittel der schlimmsten Ausbeuter und nichts kann den reaktionären und kapitalistischen Charakter der Ebert-Republik besser kennzeichnen, als ihre amtliche Streikbrecherorganisation, die Erziehung eines Denunziantenheeres. Das deutsche Proletariat muß demgemäß seine Stellung dieser Republik in der VSPD gegenüber einnehmen.

Der Vertrag zwischen Krupp und der Sowjetregierung.

Nach einer Meldung eines Mittagblattes ist der am 23. März 1922 in Moskau abgeschlossene Vertrag zwischen Krupp und der Sowjetregierung, der inzwischen von Krupp wegen des Marksturzes angefochten worden ist, erneut anerkannt worden.

Bei dem Vertrag handelt es sich im wesentlichen um die landwirtschaftliche Exploitierung von 50000 Desjatinen Land im Salzgebiet des Don-Gouvernements vermittels landwirtschaftlicher Maschinen, welche die Krupp-Unternehmungen liefern sollten.

Der neue Abschluß ist unter ausdrücklicher Wahrung der Rechte der Sowjetregierung zustandegekommen. Die ursprünglich von Krupp gestellte Forderung der Aufhebung des russischen Außenhandelsmonopols ist zurückgezogen worden. Das zitierte Blatt meldet darüber:

„So haben sich denn die Vertreter der Firma Krupp mit der Sowjetregierung dahin geeinigt, daß man unter Anerkennung des russischen Handelsmonopols die bestehenden Konzessionen für Krupp im Zusammenhang mit der deutschen Industrie und der deutschen Hochfinanz in Angriff nehmen wird, sobald die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse es nur irgendwie gestatten."

Es ist bezeichnend, daß der Vertragsabschluß in einem Augenblick erfolgt, da auch Frankreich bereit ist, die Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland aufzunehmen.

Schlesische Rundschau.

Einheitsfront der Junker und Sozialdemokraten.

Wenn es gilt, Vorschläge zu machen, die zur Verelendung einer Arbeiterkategorie beitragen, dann sind die Sozialdemokratischen Führer immer auf dem Posten. So hat in langen Ausführungen der Sozialdemokrat Dr. Aug. M ü l l e r im „Berl. Tagebl." die Notwendigkeit der Herabsetzung der Deputate der Landarbeiter begründet und der Hauptvorstand des DLV. antwortete darauf, daß auch er dies erstrebe. Die Gutsbesitzer ha-

...en sofort erkannt, daß ihnen von Seiten der Sozialdemokraten kein Widerstand entgegengesetzt wird, wenn sie die Deputate, die der Geldentwertung nicht so ausgesetzt sind, abschaffen. So wird berichtet, daß der frühere Landrat Graf Coldiß, der Besitzer mehrerer Güter in Schlesien ist, dazu übergeht, den Arbeitern das Getreide abzuziehen und ihnen als Ersatz 30 000 Mk. Jahreseinkommen bietet. Bisher bekamen die Arbeiter 5000 Mk. Barlohn und ein Getreidedeputat, das nach dem heutigen Preise 29 000 Mk. beträgt, also Barlohn und Deputat zusammen 35 000 Mk. Die zugebilligten 30 000 Mk. Jahreseinkommen enthalten also schon einen Abzug von 5000 Mk. der bei den sprunghaft steigenden Getreidepreisen sich täglich noch vergrößert. Der christl. Landarbeiter-Verband in Schlesien hat zu dem Vorgehen des Herrn Coldiß seinen Segen gegeben. Die Landarbeiter des DLV. müssen ihren Bürokraten unzweideutig zu verstehen geben, daß sie sich auf keinen Fall auf diese Weise um ihren Lohn prellen lassen.

Resolution zur Programmfrage.

(Vom Bezirksparteitag am 8. Oktober gegen 2 Stimmen angenommen.)

Das Kommunistische Programm, das jetzt auf Grund der Erfahrungen der proletarischen Revolution in Rußland und der Kämpfe der Kommunistischen Internationale abgefaßt wird, muß enthalten:

1. Die geschichtliche Begründung des Kommunismus. Entwicklung seiner Ziele und Grundsätze,
2. Den Weg zum Kommunismus: Ueberwindung der Feudalherrschaft durch bürgerliche Demokratie, Ueberwindung der bürgerlichen Demokratie durch Diktatur des Proletariats,
3. Die Mittel zur Mobilisierung der werktätigen Massen: Uebergangsforderungen als Durchgangspunkte.

Die Anarchisten verzichten auf Uebergangsforderungen, damit auch auf Revolutionierung der Massen.

Die Reformisten verwenden Mindestforderungen dazu, um sie als Ziel hinzustellen und durch demokratische Beruhigung die Revolutionierung der Massen zu hemmen.

Die Aufnahme von Uebergangsforderungen, die über sich selbst hinaustreiben und von den Kommunisten bewußt hinausgetrieben werden, bewahrt das Kommunistische Programm vor den beiden Klippen.

Nachdem eine ausgiebige Aussprache über alle Programmfragen von allen Sektionen der Internationale stattgefunden hat, wird das Programm die Meinung der Mitgliedschaft ausdrücken. Eine solche bündige Zusammenfassung der zahlreichen Erfahrungen, die in der zerstreuten Literatur ausführlich behandelt sind, ist bei vorstehender Einschmelzung der Zweieinhalb Internationale in die Zweite desto dringender.

Gewerkschafts-Bewegung.

Angestellte gebt acht!

Wie hellhörig die Kapitalisten sind, beweist das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes des Breslauer Einzelhandels. Der Reichsarbeitsminister hatte darauf hingewiesen, daß bei der drohenden Krise die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind. Nach Abschluß der letzten Tarifbewegung, die zusammenfiel mit dem Verbot der Verkäufe an Ausländer, wo die Unternehmer ihre Geschäfte nur einige Stunden offenhielten, kam ihnen der Hinweis des Reichsarbeitsministers wie gerufen. Diese Blutsauger des deutschen werktätigen Volkes verstanden es, auch hieraus ein Geschäft zu machen. Dieselben Herrschaften, die keine Wucherverordnung zu kennen scheinen, die kein Bitten und Flehen der Behörden, der Preistreiberei Einhalt zu tun, hören, benützten die Gelegenheit, den Angestellten durch folgenden Revers eins auszuwischen.

An

Ich — wir — teile..... Ihnen hierdurch mit, daß ich — wir — infolge der über meine — unsere Leistungsfähigkeit hinausgestiegenen Handlungsunkosten mich — uns — gezwungen sehe..... vom . . . . . ab die Arbeit zu strecken. Ihre Arbeitszeit wird daher vom . . . . . auf 24 Stunden herabgesetzt werden. Die entsprechende Arbeitseinteilung werde ich — wir — rechtzeitig bekannt geben. Ihr Gehalt werde ich — wir — dementsprechend auf 50% herabsetzen. Ich — wir — behalte mir — uns — vor, falls

Am Dienstag Abend

pünktlich 7 Uhr, im Lokal „Sanssouci" Mehlgasse

Große Mitgliederversammlung der KPD.

Tagesordnung: **Bericht vom Bezirksparteitag.**

Jedes Mitglied muß unbedingt zur Stelle sein!

wider Erwarten ein besserer Geschäftsgang eintreten sollte, eine geringere Verkürzung der Arbeitszeit unter entsprechender Gehaltsfestsetzung eintreten zu lassen.

Breslau, den . . . . . .

Hier haben die Betriebsräte die Aufgabe, den Herrenstandpunkt, der aus obigem Ukas spricht, zu brechen. Nach Paragraph 78, Absatz 2, ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Tage der Verkürzung der Arbeitszeit dem Betriebsrat zu unterbreiten. (Schiedsspruch des Schl.-Ausch. Köln vom 15. 9. 20.) Zu den Aufgaben des Betriebsrates gehört auch die Mitwirkung bei Betriebseinschränkung. (Entscheidung des Schlichtungs-Ausschusses Rottweil vom 14. 7. 20.) Verweigert also der Betriebsrat seine Zustimmung, so muß der Arbeitgeber sich die Zustimmung des Schlichtungs-Ausschusses einholen. Dort hat er den Nachweis zu erbringen, daß die Betriebseinschränkung unabwendbar ist. Dem Betriebsrat, im Verein mit den in Frage kommenden Gewerkschaften, dürfte es nicht schwer fallen, die täglich frecher auftretenden Unternehmer in ihre Schranken zu weisen. Man komme nicht und sage, die Angestellten und Arbeiter seien nicht auf dem Posten. Vom Betriebsrat der Fa. Rudolf Petersdorf geht uns folgende Resolution zur Veröffentlichung zu:

Resolution.

Die am 9. Oktober d. Js. vom gesamten Personal (kaufmännische und gewerbliche Angestellte) der Firma: Rudolf Petersdorff-Breslau abgehaltene außerordentliche Betriebsversammlung, hat zu den vom Arbeitgeberverband des Einzelhandels empfohlenen Arbeitskürzungen bezw. Entlassungen Stellung genommen und einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Trotzdem unsere Firma noch nicht an uns wegen Arbeitszeitverkürzungen bezw. Entlassungen herangetreten ist, und wir auch sie für viel zu sozial denkend halten, daß sie das je tun würde, erklären wir hiermit öffentlich, daß wir trotzdem bereit sind, in dieser Frage den evtl. Anweisungen der Arbeitnehmerverbände, voll und ganz Folge zu leisten.

Das kaufmännische und gewerbliche Personal der Firma Rudolf Petersdorff, Breslau.

J. A.:

Der Betriebsrat.

Angestellte und Arbeiter der übrigen Firmen nehmt ebenfalls Stellung zur Arbeitszeitverkürzung, zeigt den Unternehmern, daß ihr nicht gewillt seid, euch widerstandslos zur Schlachtbank führen zu lassen. Nur durch einmütiges geschlossenes Handeln kann dieser Anschlag abgewendet werden.

Zum Reichstarif der Bauarbeiter.

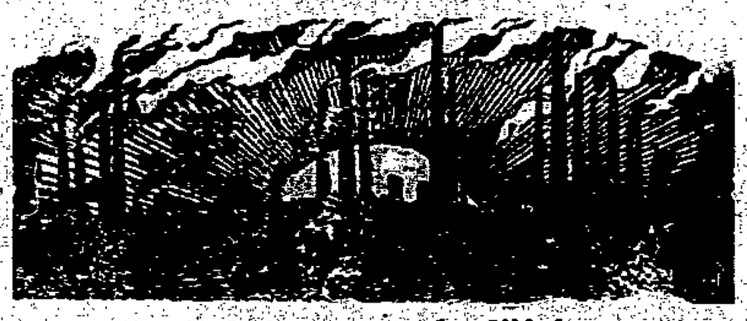
Ein Bauarbeiter schreibt uns:

Die Bauarbeiter verspüren jetzt den Segen des Reichstarifes voll und ganz. Nach den alten Vereinbarungen standen jedem Kollegen bei Regenwetter, wo ein Arbeiten unmöglich war, 2 Stunden Lohn zu, wenn er auf der Baustelle verblieb. Heute fällt dieses weg, und die Kollegen sind gezwungen, entweder im Regen weiter zu arbeiten, oder nach Hause zu gehen. Bei ersterem sind die Bauarbeiter der Möglichkeit ausgesetzt, sich eine Krankheit zu holen, im zweiten Falle verlieren sie, je nach der vorhergegangenen Arbeitszeit, den Stundenlohn oder gar den ganzen Tagesverdienst. Nun noch ein paar Worte zur Urlaubsfrage. Der Reichstarif sieht vor, daß Bauarbeiter nach einer Beschäftigungsdauer von 40 Wochen in den Genuß von drei Tagen Urlaub kommen. Wir bezweifeln auch noch, daß von sämtlichen Bauarbeitern in Breslau jedes Jahr 500 Kollegen den wirklichen Urlaub erhalten. Denn der Arbeitgeber wird allemal, wenn die Urlaubsfrage akut wird, mit den Kollegen das Arbeitsverhältnis lösen, um ihn um seinen Urlaub zu betrügen, und es besteht keine rechtliche Grundlage, dem vorzubeugen. Der Reichstarif ist mithin ein geringer Vorteil für wenige, und ein Nachteil für viele. Anders denkt der Gauleiter, Herr Rösler. In einer der letzten Vollversammlungen, in der dieser famose Reichstarif auch zur Debatte stand, erklärte er, **der Reichstarif sei überhaupt das Ideal für jeden Bauarbeiter.** Denn nach dem alten Reglement hat es mit dem Unternehmertum öfter Zerwürfnisse betreffs der Regenstunden gegeben, und die Streitfälle in dieser Beziehung hätten sich gleich Seeschlangen in die Länge gezogen; er für seine Person könnte es nur begrüßen, wenn der Reichstarif zur Annahme gelangt. Wir glauben ganz gern, daß die Frage der Regenstunden eine belanglose Sache für Herrn Rösler ist, denn er hat keinen Lohnausfall bei Regenwetter. Aber es kann schließlich der Fall eintreten, daß die Breslauer Kollegen auf Grund ungünstiger Witterung nur 3 Tage in der Woche arbeiten, und dann à Konto des riesigen Lohnes den Kollegen der Magen wie eine Seeschlange lang herunterhängt.

Wir wollen den Breslauer Kollegen keinen Vorwurf machen, denn sie haben ja für Ablehnung des Reichstarifs gestimmt, mußten sich aber der Majorität fügen. Wir wollen nur kennzeichnen, wie nachteilig sich der Reichstarif jetzt bei der Jahreszeit auswirkt.

Ein Bauarbeiter.

Aus den Betrieben.



Kleine Ursachen — große Wirkungen.

Aus Nieder-Hermsdorf wird uns geschrieben:

Auf der Glückhilf Grube sehnen sich einige wieder nach einem Hauer-Ball. In der 4. Abteilung können nun 2 Kameraden zum 1. November auf ein 50jähriges Jubiläum zurückblicken. Aus diesem Grunde sollte nun mit ihnen ein gemütliches Beisammensein an einem Abende stattfinden. Es wurde seitens des Betriebsrates eine Abteilungsversammlung einberufen, die dazu Stellung nehmen sollte. Die Kameraden

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

15]

Einem großen Igel gleich, kroch Terentij zwischen den Tischen umher und seufzte in einem fort. So oft er in die Nähe der Lampe kam, warf seine Gestalt einen großen schwarzen Schatten auf den Fußboden. Es schien Ilja, als ob die Seele des alten Jeremij hinter dem Onkel herschleiche und ihm ins Ohr zische:

„Ksch . . . ksch! . . ."

Dem Knaben war ängstlich zumute, und er fröstelte. Der feuchte Dunst der Schenke bedrückte ihn. Es war Sonnabend. Der Fußboden war eben gewaschen worden und strömte einen modrigen Geruch aus. Ilja wollte den Onkel bitten, sich doch so rasch wie möglich neben ihn niederzulegen, doch hielt ihn ein peinliches, widerstrebendes Gefühl zurück, ihn anzureden. Er sah im Geiste die krumme Gestalt des alten Jeremij mit dem weißen Barte, und seine freundlichen Worte klangen ihm heiser im Ohre wieder:

„Merk dir's, mein Sohn — der Herr kennt das Maß aller Dinge! . . . Merk dir's!"

„Leg dich doch schon hin!" stieß Ilja endlich hervor.

Der Bucklige fuhr zusammen und blickte erschrocken auf, dann fragte er leise, schüchtern:

„Was? Wer ist da?"

„Ich bin's. Hinlegen sollst du dich, sag' ich . . ."

„Gleich! Gleich! Gleich!" rief der Bucklige hastig und begann rasch, wie ein Kreisel, sich um die Tische zu drehen. Ilja merkte, daß auch der Onkel sich fürchtete, und mit einem Gefühl der Genugtuung dachte er im stillen:

„Recht so, fürchte dich nur! . . ."

In seinen Wirbeln trommelte der Regen gegen die Fensterscheiben, und irgendwo hörte man dumpfe Schläge. Die Flamme der Lampe zuckte auf. Ilja bedeckte seinen Kopf mit der Pelzjacke des Onkels und lag, den Atem anhaltend, da. Plötzlich begann sich neben ihm etwas zu bewegen. Ein Schauer überlief ihn — ängstlich steckte er den Kopf heraus und sah, wie Terentij auf der Erde kniete, den Kopf vorgeneigt, so daß sein Kinn die Brust berührte. Und Ilja hörte, wie er flüsternd betete:

„O Herr und Vater im Himmel! . . . O Herr . . ."

Dieses Flüstern erinnerte ihn an das Röcheln des sterbenden Jeremij. Das Dunkel in dem Zimmer geriet gleichsam in Bewegung, auch der Boden schien sich im Kreise zu drehen, und in den Schornsteinen heulte der Wind.

„Hu—u—u—u! . . ."

„Laß das Beten!" rief Iljas helle Stimme.

„Wie? Was ist dir denn?" rief der Bucklige halblaut. „Schlaf doch, um Christi willen!"

„Laß das Beten!" wiederholte der Knabe eindringlich.

„Gut . . . ich will's lassen . . ."

Die Feuchtigkeit und das Dunkel in dem Zimmer drückten immer schwerer auf Ilja, er atmete beklommen, und sein Inneres war erfüllt von Furcht, von Trauer um den heimgegangenen Alten und von einem tiefen Groll gegen den Onkel. Schließlich richtete er sich auf und stöhnte vernehmlich.

„Was willst du denn? Was ist?" rief der Onkel erschrocken und legte seinen Arm um ihn.

Aber Ilja stieß ihn zurück und sprach mit tränenerstickter Stimme, aus der bittre Pein und Entsetzen klang:

„O Gott! Wenn ich doch . . . irgendwohin laufen . . . mich irgendwo verstecken könnte! . . . Ach Gott! . . ."

Er konnte vor Tränen nicht sprechen. Mühsam atmete er die dumpfe Luft der Schenke und barg sein Gesicht schluchzend am Boden . . .

6.

Infolge dieser Ereignisse ging in Iljas Charakter eine Wandlung vor sich. Früher hatte er sich nur von seinen Mitschülern ferngehalten, mit deren Verhalten ihm gegenüber er sich noch immer nicht befreundet hatte, und denen nachzugeben er in sich keine Neigung verspürte. Zu Hause jedoch war er offen und zutraulich gegen alle gewesen, und wenn ihm jemand von den Erwachsenen auch nur einige Aufmerksamkeit schenkte, so bereitete ihm das eine ganz besondere Freude. Jetzt hielt er sich fern von allen und erschien weit über sein Alter ernst. Sein Gesicht zeigte eine unfreundliche Miene, die Lippen waren fest zusammengepreßt, er beobachtete mit Aufmerksamkeit die Erwachsenen und horchte mit einem forschenden Ausdruck in den Augen auf ihre Reden. Schwer lastete auf ihm die Erinnerung an das, was er am Todestage des alten Jeremij gesehen, und es schien ihm, daß auch er gleich Petrucha und dem Onkel dem Verstorbenen gegenüber schuldig sei. Vielleicht war der Alte, als er sterbend dalag, und sah, wie man sein Besitztum plünderte, der Meinung gewesen, daß er, Ilja, ihnen den Schatz verraten habe. Dieser Gedanke war in Ilja ganz plötzlich entstanden, hatte sich unmerklich seiner bemächtigt und erfüllte seine Seele mit Verwirrung und qualvoller Pein. Er verschloß diesen Gedanken in seinem Herzen und dadurch wuchs in ihm das Mißtrauen gegen alle Welt. Und sobald er an irgend jemand etwas schlechtes bemerkte, war ihm leichter ums Herz, als ob seine eigene Schuld dem Toten gegenüber dadurch vermindert würde.

Und er sah so viel schlechtes an den Menschen. Alle Leute nannten den Büfettier Petrucha einen Hehler und Betrüger. Ins Gesicht jedoch schmeichelten ihm alle, verneigten sich respektvoll vor ihm und bedachten ihn mit der ehrenvollen Anrede Peter Jakimytsch. Die große Matiza aus der Dachstube bezeichneten alle nur mit einem häßlichen Schimpfwort; war sie betrunken, dann stießen und schlugen sie alle, und eines Tages, als sie schwer bezecht unter dem Küchenfenster saß, hatte der Koch ihr gar einen Eimer Spülicht über den Kopf gegossen . . . Und doch nahmen alle von ihr kleine Gefälligkeiten und Dienste an, ohne ihr je dafür anders als mit Scheltworten und Rippenstößen zu danken. Persischka rief sie häufig, daß sie ihm seine kranke Frau wasche, Petrucha ließ sie vor den Feiertagen ohne Entgelt die Schenkstube aufwaschen, und für Terentij nähte sie umsonst die Hemden. Sie ging zu allen, machte alles sehr geschickt und ohne Murren, pflegte mit Hingebung die Kranken und liebte es, mit den Kindern zu spielen. . . .

Ilja sah, daß der fleißigste Mensch im ganzen Hause, der Schuster Persischka, von aller Welt als ein lächerlicher Patron angesehen wurde, und daß alle nur dann von ihm Notiz nahmen, wenn er betrunken mit seiner Harmonika auf dem Schoß in der Schenke saß oder sich auf dem Hof herumdrückte und seine lustigen kleinen Lieder auf dem Instrument begleitete. Niemand jedoch mochte es sehen, wie behutsam derselbe Persischka seine gelähmte Frau auf die Treppe hinaustrug, wie er seine kleine Tochter zu Bett brachte, sie mit Küssen bedeckte und ihr, um sie zu unterhalten, allerhand drollige Grimassen schnitt. Niemand mochte ihm zusehen, wenn er lachend und scherzend Mascha das Mittagessen kochen und das Zimmer aufräumen lehrte, sich dann an die Arbeit setzte und bis spät in die Nacht hinein, über irgendeinen schmutzigen, krummen Stiefel gebeugt, dasaß.

Als der Schmied ins Gefängnis abgeführt worden war, hatte sich kein Mensch außer dem Schuster um seinen Jungen gekümmert. Dieser hatte Paschka sogleich zu sich genommen, und schon längst pichte ihm der wilde Junge den Schusterdraht, fegte das Zimmer, holte Wasser und ging zum Krämer nach Brot, Kwas und Zwiebeln.

Alle hatten den Schuster am Freitag betrunken gesehen, aber niemand hatte es gehört, wie er am nächsten Tage, als er nüchtern geworden, sich vor seiner Frau entschuldigte.

„Verzeih mir, Dunja! Ich bin ja doch schließlich kein Trunkenbold, sondern nahm nur so, zur Erheiterung, ein Schlückchen. Die ganze Woche arbeitet man . . . zu langweilig ist's! Na, und da trinkt man mal einen! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

waren auch in der Versammlung nicht abgeneigt, mit den Jubilaren (mit Einladung der Aufseher bis Steiger) dieses Vergnügen stattfinden zu lassen. Erwähnt wurde von Einzelnen, im bergmännischen Kittel zu gehen, was die Versammlung ablehnte mit der Begründung, nicht wieder das alte System in Gang zu bringen. Es wurde eine Kommission gewählt, die die Vorkehrungen dazu treffen sollte. Die Kommission von 8 Mann hat sich bereits wieder aufgelöst, da einzelne von dieser Kommission anders wollen, als die Kollegen. Sie wollen nämlich die Herren Gewerker, Direktoren usw. ohne Erlaubnis der Kameraden mit einladen. Bei der Abstimmung in der Frühschicht war die überwältige Mehrheit nicht für diese Einladung. So mußten nun diejenigen Kameraden, die dafür waren, die Konsequenzen ziehen. Von dieser Stunde an blieb die Geschichte im unklaren. Aber die einzelnen Kommissionsmitglieder, die Feuer und Flamme dafür sind, wurden sich schlüssig, doch noch einen Ball zu machen. Es wurde bekannt gemacht, daß von oben bis unten alles eingeladen ist, und der Ball am 11. November stattfindet. In wie weit sich die **Betriebsrat sprach gegen diese Einladung** mit den Herren und wies darauf hin, wie die Kumpels von ihnen Kameraden jetzt daran beteiligen werden, hängt von ihnen ab. behandelt worden sind. Wegen dieser Aussage scheut man sich nicht, ihn schließlich vor den Staatsanwalt zu bringen. Schon am Montag, den 9. hatte er sich beim Schiedsmann einzufinden, und sich wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Da man aber mit der Beamtenbeleidigung nichts erreicht, so will man den Betriebsrat wegen Schädigung der Abteilung belangen. Kameraden, Augen auf! Wir wollen nicht zusehen, daß sie auf diese Weise einen Betriebsrat unschädlich machen, denn es handelt sich nicht um die Person des Betriebsrates. Es geht uns alle an. Hier haben alle Kameraden der Abteilung hinter dem Betriebsrat zu stehen.

So entsteht aus der kleinen Ursache eines geplanten Hauer-Balles der Kampf um den Betriebsrat. Hieran können die Arbeiter deutlich sehen, daß alles mit dem Klassenkampf zusammenhängt und daß es daher ihre erste Pflicht ist, ihren Klassenkampf siegreich durchzuführen. Der Betriebsrätekongreß bildet eine Etappe in diesem Kampf. Darum muß er von allen Proletariern unterstützt werden.

Macht es nach!

Die Belegschaft der Firma Pretzel-Jauer, sammelte für die Finanzierung des Reichsbetriebsrätekongresses 755 Mark. Die Sammlung wurde von SPD.-Arbeitern durchgeführt, da nur 2 Kommunisten in diesem Betriebe beschäftigt sind.

Arbeitseinschränkungen in Jauer.

Die Landmaschinenfabrik G. m. b. H. Gustav Pretzel verkürzte die Arbeitszeit auf 36 Stunden. Auch die Maschinenfabrik Kuhl u. Lippitz A.-G. will ab 15. Oktober die vorübergehend Eingestellten zum 1. November kündigen und vielleicht schon vorher die Arbeitszeit verkürzen. Die Gründe dazu sind, daß angeblich keine Absatzmöglichkeiten bestehen. Die Händler hätten die Läger voll.

Vile Proleten müssen sich darauf gefaßt machen, daß sie im Winter auch noch arbeitslos werden. Mögen sie zusehen, wie sie durchkommen. Was kümmerts die Kapitalisten?

An alle Breslauer Jugendvereinigungen!

Folgendes Schreiben sandte die Kommunistische Jugend Breslaus am Sonnabend nachmittag an alle Breslauer Jugendvereinigungen:

Breslau, den 14. Oktober 1922.

Jugendfreunde!

Vom 15. bis 22. Oktober 1922 findet eine Reichskampfwoche gegen Schundliteratur statt. Die Absicht ist, alle Händler, die Schundliteratur vertreiben, auf den Schaden aufmerksam zu machen, den sie der Jugendbildung zufügen. Die Woche ist sowohl von bürgerlicher als auch von sozialistischer Seite aus geplant, und von den sächsischen, badischen, thüringischen Kultusministerien, von verschiedenen Regierungspräsidenten, Kreishauptmannschaften und auch Städten aufgegriffen worden. Trotzdem ist bis zur Stunde noch nichts getan, in Breslau irgend etwas zur Durchführung dieser Reichskampfwoche zu unternehmen. Wir fühlen uns deshalb veranlaßt, mit sämtlichen Jugendvereinigungen Breslaus in Verbindung zu treten, um zu beraten, was in Breslau in dieser Beziehung getan werden kann. Wir schlagen vor, am Dienstag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, eine gemeinsame Sitzung in der Minoritenschule, Minoritenhof, abzuhalten, in der wir über die einzuleitenden Schritte beraten.

In der Annahme, daß Ihr ebenso wie wir größtes Interesse an der Bekämpfung der Schundliteratur habt, erwarten wir, daß ihr Eure bevollmächtigten Vertreter zu dieser Sitzung am Dienstag entsendet.

Sollte am Dienstag kein Vertreter Eurer Vereinigung in der Sitzung anwesend sein, so betrachten wir das als eine Ablehnung Eurerseits, die Reichskampfwoche gegen die Schundliteratur zu unterstützen.

Kommunistische Jugend Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.

Lokales.

Breslau.

Das zweite Gesicht.

Im Stadtparlament Breslaus — wie in allen Parlamenten — wird viel geredet. In Breslau redet man (es kommen ja halt die Wahlen!) besonders viel von Hilfe für die Armen, durch „Rolf". Erst in der letzten Stadtverordneten-Sitzung haben sich die Redner aller Parteien in hochtönenden Versprechungen und barmherzigen Mitleidsgeschwätzel gewunden. Und ganz besonders wurde von allen betont, dem sogenannten Mittelstand müsse geholfen werden. Allen denen, die eine eigene Existenz hatten, aber durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ruiniert und an den Rand des Abgrundes gekommen sind. Wir Kommunisten wissen ganz genau, daß es unmöglich ist, den Mittelstand zu erhalten, denn in der jetzigen Epoche des niedergehenden Kapitalismus werden gerade diese kleinen, wenig konkurrenzfähigen Existenzen vernichtet und ins Proletariat geworfen. Wir wissen, daß für sie eine bessere Zeit nur kommt mit der klassenlosen Gesellschaft, die vom Proletariat und den zu ihm stehenden Mittelstand erkämpft werden muß.

Heute wollen wir nur das doppelte Gesicht der Herren zeigen, in deren Händen das Geschick der Stadt Breslau liegt. Im Parlament reden sie schöne Worte von Hilfe für die Armen für den Mittelstand. In der Wirklichkeit aber helfen die unter ihrer Obhut stehenden Behörden, den Mittelstand völlig zu ruinieren. Dazu haben wir folgende Schilderung:

Wie es einem 66jährigen Bürger der Stadt Breslau auf seine alten Tage ergeht, der treu seine schweren Steuern bis jetzt gezahlt hat.

In dem Hause Gneisenaustraße 9 trieb der Schuhmachermeister Peter Wolff sein Gewerbe, verbunden mit Schuhhandel. Er konnte seine Familie ernähren und allen Verpflichtungen nachkommen, bis ihm ein unglückliches Verhängnis ereilte. 1920 geriet er mit dem Vermieter durch eine dritte Person in Wortwechsel. Bedauerlicherweise entfuhr dem Mieter Wolff gegen den Vermieter Fleischer in der Erregung das Wort Idiot. Der Vermieter hatte nichts eiligeres zu tun, als den Mieter bei Gericht zu verklagen und gleichzeitig beim Mieteinigungsamt Antrag auf Kündigung der Wohnung zu stellen. Im März 1921, während der Mieter in Oberschlesien zur Abstimmung weilte, fällte das Mieteinigungsamt den Spruch auf Kündigung zum 1. Juli 1921. Wolff weigerte sich, die Wohnung zu räumen, darauf reichte der Vermieter Exmissionsklage ein. Trotzdem das Amtsgericht den Vermieter in vollem Umfange abgewiesen hat, legte derselbe Berufung beim Landgericht ein. Von diesem wurde der Mieter zur Räumung der Wohnung und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Das Landgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß, wenn das Einigungsamt dem Vermieter die Zustimmung zur Kündigung erteilt hat, die Wohnung auch geräumt werden muß, denn der Spruch ist unanfechtbar. Am 16. Oktober hatte Wolff Termin vor dem Einigungsamt. Es wurde ihm Bewährungsfrist zugesagt.

Am 10. 1. 22 war wieder Termin vor dem Einigungsamt und wurde auf Grund des guten Verhaltens von Wolff die Räumung versagt. — Am 11. 4. 22 stellte der Vermieter wieder Antrag auf Räumung der Wohnung und wieder wurde auf Grund Wolffs Verhaltens Räumung versagt. — Am 5. Juli stellte der Vermieter abermals Antrag auf Räumung der Wohnung. Es wurde unter demselben Herrn Vorsitzenden Justizrat Koppel trotz Wolffs einwandfreiem Benehmen dem Vermieter die Zustimmung zur Räumung erteilt.

Der Mieter reichte sofort dem Wohnungsamt das Urteil ein, hat aber bis zur Stunde noch keine Wohnung, trotzdem er alle Tage Nachfrage hielt. Am 9. Oktober Morgens 7½ Uhr wurde er vom Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt. Die Möbel sind bei verschiedenen mitleidigen Menschen untergebracht, ohne Garantie dafür, daß nichts verloren geht. Die Frau des Mieters, sowie Tochter und sein Enkelkind sind auf die Milde eines Schwiegersohnes angewiesen. Als 66jähriger Bürger läuft der Schuhmachermeister Wolff in den Straßen herum, obdachlos, erwerbslos, wirtschaftlich vollständig ruiniert und muß bei seinen Anverwandten um Obdach betteln.

So ruinieren städtische Körperschaften gute Existenzen und Steuerzahler und können ihm dann nicht einmal Obdach gewähren.

Die Arbeiter können daran sehen, daß die schönen Worte im Stadtparlament — ganz gleich, ob sie von Herschel oder Darf kommen — doch nichts als leeres Geschwätz sind und daß das mitleidige Gesicht der Herren dasselbe ist wie die Schminke der Dirne: Sie wollen sich schöner machen als sie sind, um bei der Wahl Dumme einzufangen.

Auf die Straße gesetzt.

Es wird uns noch ein weiterer Fall berichtet, wo durch die Schuld der Behörden der Stadt Breslau eine Existenz vernichtet wurde. Wir bringen nachstehend den Bericht einiger Arbeiter:

Am Freitag, den 13. 10. 1922 wurde der Schneidermeister Hans Kottonez von dem Hausverwalter und Fahrradhändler Borsch durch einen Gerichtsvollzieher mit allen seinen Möbeln auf den Hof gesetzt. Auf die Aufforderung des Hauswirtes, das Haus zu verlassen, mußte der Mieter seine Sachen auf die Straße schaffen. Der Sache liegt folgendes zugrunde: Der Mieter bewohnte in dem Hause die Parterreräume. Nachher hat er sich verleiten lassen, diese freizugeben und mit dem Hauswirt die Vierzimmerwohnung im 1. Stock zu teilen. Da aber der Sohn des Hausbesitzers, der jetzt die Parterrewohnung inne hat auf die Wohnung im 1. Stock spekuliert, hat der Wirt dem Kottonez gekündigt. Bei dem darauf folgenden Termin wurde dem Mieter versprochen, daß er die andere Wohnung bekommt, wenn er die Kündigung annimmt. **Der Wirt machte auf dem Gericht falsche Angaben.** Er sagte aus, daß die Parterrewohnung, (die ja sein Sohn bewohnt) als Lager und Kontorräume gebraucht werden. Diese Räume wären noch nie zu Wohnzwecken benutzt worden. Die Mieter des Hauses können jedoch bezeugen, daß dieselben noch nie als Lager- sondern nur als Wohnräume benutzt wurden. Uebrigens ist ja auch Kochgelegenheit in den Räumen vorhanden.

Kottonez hatte vom Wohnungsamt wohl eine Wohnung zugewiesen bekommen. Diese war aber in einem solchen Zustand, daß sie unmöglich bezogen werden konnte. Das wurde auch später durch Polizeioffiziere und den Bezirksvorsteher, Herrn Weiß, bestätigt.

Im Laufe des Freitag wurde der Wohnungskommissar dreimal telephonisch angerufen und gebeten, sich die Lage einmal selbst anzusehen. Die Antwort war immer, er werde bald kommen. Bis abends 9 Uhr war er jedoch nicht da.

Zu bemerken ist noch, daß schon seit längerer Zeit im dritten Stock desselben Hauses eine Wohnung frei ist. Diese möchte der Hauswirt, Herr Klapper, aber seiner Nichte vermieten, die erst mal die Hausmeisterei und später auch die Verwaltung übernehmen soll.

Kottonez, den man derartig behandelt, ist zu 50 Prozent Kriegsbeschädigter. Als Schneidermeister beschäftigt er vier Leute, die durch die an-die-Luft-setzung Kottonez arbeitslos werden. — Auch einzelne Schutzbeamte haben in sehr zu tadelnder Weise den Wohnungslosen herumgestoßen. Besonders rühmlich hat sich dabei der Oberwachtmeister Wiesner von der 1. Hundertschaft benommen, der seinen Namen erst angab, als ein höherer Polizeioffizier als Abgesandter des Polizeipräsidiums erschien.

Am Spätnachmittag wandte sich der wohnungslos gewordene Kottonez, sowie einige mitleidige Arbeiter an den sozialdemokratischen Parteisekretär Peikert. Dieser machte nur flüchtige Aussagen und sagte, daß er nichts mehr mac könne, da es schon zu spät sei. **Die Arbeiter soll ten d versuchen, selbst einen Ausweg zu finden.**

Trotz der Aufregung hat sich die versammelte Menge den Schranken gehalten, um der Polizei nicht Anlaß zum G brauch der Waffen zu geben. Auf Veranlassung dieser M ge hat dann ein Polizeioffizier angeordnet, die Sachen n einem Schuppen der ehemaligen 51er Kaserne schaffen. lassen. Der Schneidermeister ist durch diese Verhältni völlig ruiniert. Er kann sein Gewerbe nicht aufrecht erh ten, ist

wohnungs-, arbeits- und mittellos!

Außerdem werden noch die bei ihm beschäftigten 4 Leute werbslos. Was soll aus dem Mann werden? Soll er Nächte auf der Straße kampieren? Soll er betteln gehen?

Zwei Arbeiter.

Auch an diesem Beispiel können die Arbeiter erkenne welche Früchte die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten n der Bourgeoisie bringt. Wir zeigen an anderer Stelle die Zeitung, wie die Bourgeoisie sich in 13-Zimmerwohnung mollig fühlen, während hier arme Existenzen selbständig Handwerker völlig vernichtet werden. Alle schönen Wor der Herren in den Parlamenten helfen nicht darüber hinwe durch ihre Politik verschulden sie, daß Leute, die gestern no eine immerhin sichere Existenz hatten, heute am Rande d Abgrundes stehen. Die Arbeiter werden denen, die sie er ins Elend stürzen und dann — gleich dem Parteisekretä Peikert — die Achseln zucken, die rechte Antwort gebe Herr Peickert möge zufrieden sein, die Arbeiter werden eine Weg finden, aber einen, der den Herren sozialdemokratische Führern nicht angenehm sein wird.

Ein Pfund markenfreies Brot 50 Mark.

Vom Sonnabend ab ist der Preis für markenfreies Bro wieder erhöht worden, und zwar von 40 auf 50 Mark dr Pfund, also um 25 Prozent. Eine markenfreie Semmel koste 10 Mark. — Und wo bleiben die Löhne der Arbeiter?

Wir fordern die VSPD. und die Gewerkschaften auf, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Insbesondere Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführer Lang.

Liebau. Dienstag, den 17. Oktober, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Da eine wichtige Tagesordnung ist, muß jeder Genosse und Genossin zur Stelle sein. Genossen bringt eure Frauen mit. Zeitungsleser und Sympatisierende sind eingeladen. Literatur liegt aus.

Liebau K. J. Funktionäre der kommunistischen Jugend nehmen an der Mitgliederversammlung der Partei teil.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Grünberg; Inserate: Max Schocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Gemeindearbeiter Breslaus!

Der Magistrat holt zum Schlage gegen Euch aus. Zirka 300 Eurer Kollegen sollen in allernächster Zeit entlassen werden. Wenn Ihr den Schlag parieren wollt, dann erscheint in Massen zu der am kommenden Mittwoch stattfindenden

Versammlung

(Lokal wird noch bekannt gegeben.)

Bahnwärter Kollege Schäfer, Mitglied der SPD., der selbst ein Kündigungsschreiben erhielt, spricht über die

geplanten Massenentlassungen

des Magistrats. Wollt Ihr diesen Winter nicht auf der Straße liegen, dann seid alle zur Stelle.

K ★ P ★ D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien

Bezirksleitung Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto Breslau 58864, Alfred Oelßner

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Josef König

Dienstag, den 17. Oktober 1922, abends 7 Uhr findet im Lokal Sanssouci, Mehlgasse, eine große Mitgliederversammlung statt.

Ortskommitee der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland. Montag, den 16. Oktober, abends 7½ Uhr, findet eine sehr wichtige Sitzung im Parteibüro statt.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 1 F. Melzer.

Fellhammer. Dienstag, den 17. Oktober, nachm. 5 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Gewerkschaftsführer beim Gen. Winkler. Der Wichtigkeit wegen muß jeder Funktionär unbedingt erscheinen.

Langenbielau. Arbeiter und Arbeiterinnen von Langenbielau! Dienstag, abends 8 Uhr, bei Dinter: Oeffentliche Volksversammlung. Referent Gen. Melzer. Thema: Der Reichsbetriebsrätekongreß und seine Aufgaben und die Gewerkschaften. Genossen sorgt für Massenbesuch! **Wir fordern die VSPD. und die Gewerkschaften auf, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Insbesondere Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführer Lang-Langenbielau.**

Liebau. Dienstag, den 17. Oktober, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Da eine wichtige Tagesordnung ist, muß jeder Genosse und Genossin zur Stelle sein. Genossen bringt eure Frauen mit. Zeitungsleser und Sympatisierende sind eingeladen. Literatur liegt aus.

Liebau K. J. Funktionäre der kommunistischen Jugend nehmen an der Mitgliederversammlung der Partei teil.

Schauspielhaus. Operettenbühne. Telefon N. 2545
146 Heute u. täglich 7½ Uhr: **Die beiden Nachtigallen.**

Liebich-Theater.
Täglich 7½ Uhr: **Das grosse Oktober-Programm** 107

Zeltgarten
Täglich 8 Uhr **Das grosse Varieté-Programm.** 110

Arbeiter u. Arbeiterinnen von Langenbielau!
Dienstag, abends 8 Uhr, bei Dinter
Oeffentliche
Volks-Versammlung
Referent: Genosse Melzer.
Thema: „Der Reichsbetriebsrätekongreß und seine Aufgaben u. die Gewerkschaften
Genossen! Sorgt für Massenbesuch!
Wir fordern die VSPD. und die Gewerkschaften auf, zu dieser Versammlung zu erscheinen und zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Insbesondere Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführer Lang.

Hast Du schon
das Kommunistische Einmaleins
gekauft?

Für unsere Abtlg. Buchhandlung suchen wir einen
äußerst tüchtigen und zuverlässigen
Buchhändler(in)
Derselbe muß imstande sein, die Buchhandlung selbständig zu leiten, für diese in den Ortsgruppen progagandist. Tätigkeit zu entwickeln und das sich im Bezirk Schlesien entwickelnde Bibliothekswesen auf die Höhe zu bringen.
Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft.
Ang. an die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schles. e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50

Beilage zur Schlesischen Arbeiter-Zeitung

Die Genossin

Nr. 235
Montag, 16. Oktober 1922

Frauenkonferenz des Bezirks Schlesien.

Die Bezirksleitung der KPD. des Bezirks Schlesien hat für den 7. Oktober 1922 eine Bezirks-Frauenkonferenz nach Breslau einberufen.

Gegen 6 Uhr nachmittags eröffnete die Genossin Kupke, Leiterin der Frauenabteilung in der Bezirksleitung, die Konferenz.

Genossin Baum (Berlin) ergriff das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung. Vor allem verglich sie die Teuerung aus der Vorkriegszeit mit der jetzigen und stellte fest, daß die jetzige Teuerung nicht durch die Lohnerhöhung entstanden ist, sondern die Schuld an derselben trägt die Entwertung der deutschen Mark, Sabotage der Lebensmittelproduktion, die passive Stellung der Regierung, Wucher mit den notwendigen Lebensmitteln. Wenn man den Preisen für das Notwendigste die Löhne und Gehälter gegenüberstellt, so ist es ersichtlich, daß die letzteren nicht einmal das Existenzminimum erreichen. Hier beginnen nun die Sorgen der Frau. Der Mann gibt ihr das Kostgeld, freut sich, daß er wieder eine „Zulage" bekommen hat, denkt aber nicht daran, daß die Preise seinen Lohn samt der Zulage schon längst überholt haben. Die Frau aber, sie muß rechnen und rechnen, was sie für dieses entwertete Geld kaufen soll. Beim Einkaufen merkt sie ja bald, daß die großen Summen von 2000—3000 Mark nicht einmal für das Allernotwendigste ausreichen. Sie ist gezwungen, den Verbrauch an Milch einzuschränken, trotzdem sie sich bewußt ist, daß ihre Kinder darunter ganz besonders leiden werden. Auch Kleidung und Schuhe sind durch die hohen Preise für die Proletarierfamilie nicht zu erkaufen. So ist es wiederum die Frau, welche sich den Kopf zerbrechen muß, was sie ihrem Mann, ihren Kindern zum Anziehen geben soll. Neues kaufen kann sie nicht, und das Alte — ja, es bleibt der Frau kein anderer Ausweg übrig, als das Alte wieder zu flicken, vom größeren Kinde für das kleinere, von sich für das größere, die alten Sachen umzuarbeiten. An sich selbst denkt die Frau sehr wenig oder überhaupt nicht. Sie denkt nur an den Mann, die Kinder, um ihnen das Allerbeste zu geben. Die Frau vergißt, daß, wenn sie sich das Wenige noch entzieht, sie ihre Gesundheit, ihre Kraft untergräbt. Darum ist auch die Sterblichkeit unter den Frauen jetzt bedeutend größer als vor dem Kriege. Die Referentin unterstrich ganz besonders die Lage einer schwangeren Proletarierin. Sie wies darauf hin, wie die Frau bis zu ihrer schweren Stunde arbeiten muß. Sie bekommt keine Erholungszeit einige Wochen vor und nach der Entbindung, keine Unterstützung vom Staat, um ein gesundes, kräftiges Kind zur Welt zu bringen. Elend, und schon zum Tode bestimmt, erblickt das Kind die Welt. Um die lebenden Kinder kümmert sich der Staat absolut nicht. Die können zugrunde gehen, das ist ihm ganz gleich. Aber für die noch nicht lebenden sorgt der Staat. Die berühmten §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches besagen, daß diejenige Frau, welche ihre Schwangerschaft durch Abtreibung unterbricht, ebenso wie diejenige Person, welche ihr bei der Abtreibung behilflich ist, bis auf zwei Jahre mit Gefängnis oder Zuchthaus zu bestrafen ist. Die Referentin steht aber auf dem Standpunkte, daß, solange der Staat für die Schwangeren und die Säuglinge nicht die Sorge übernimmt, keine Heime für Mütter und Kinder schafft, auch kein Recht hat, die Kinder zu beanspruchen.

Auch die herrschende Wohnungs- und Kohlennot wurde eingehend besprochen.

Dem Leben der Proletarierfrau wurde das Leben der Frau der besitzenden Klasse gegenübergestellt.

Um nun das Leben der Frau aus der Arbeiterklasse zu verbessern, forderte die Referentin die Anwesenden auf, unter den Frauen dahin zu wirken, daß sie die Arbeiterpresse lesen, welche sie über alle Fragen des täglichen Lebens aufklärt, ihnen den Weg zeigt, den sie zu gehen haben, um zum Ziele zu kommen. Die Frau soll Schulter an Schulter mit dem Mann den restlosen Kampf führen bis zum Siege! Zum Schluß kärte die Genossin Baum die Anwesenden über die Bedeutung der Frauenkontrollausschüsse auf, und forderte sie auf, um noch größeres Elend zu verhüten, überall Frauenkontrollausschüsse ins Leben zu rufen, um die herrschende Teuerung zu bekämpfen.

Den Ausführungen der Referentin folgte eine durchaus rege Diskussion, an welchen die auswärtigen ebenso wie die Breslauer Genossinnen teilgenommen haben. Es wurde auf die Zustände, welche in den dank der „Wohltätigkeit" der Besitzenden bestehenden Heimen herrschen, hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, daß nur durch Aenderung der Gesellschaftsordnung in den Kinderheimen eine Besserung eintreten kann. Auch die Wichtigkeit des Betriebsrätekongresses wurde unterstrichen. Es steht fest, daß die Gewerkschaftsbürokraten ab ablehnen, einen solchen Kongreß einzuberufen, denn sie sind sich bewußt, daß der Betriebsrätekongreß die Stellung der Gewerkschaftsführer erschüttern wird. Darum sollen auch die in den Gewerkschaften organisierten Frauen ihr möglichstes tun, damit der Kongreß zustande kommt.

Auch das Reichsmietengesetz wurde in der Diskussion nicht geschont. Denn es sind ja hier wiederum die Arbeiter, die die Lasten dieses Gesetzes zu tragen haben, denn die Wohnungen der Reichen wurden von den Hausbesitzern öfter renoviert, als die der Arbeiter.

Politik ist Männersache.

Politik ist Männersache,
Was geht die 'ne Frau denn an?
In der Küche und am Kochtopf
Soll sie zeigen, was sie kann. —

Ach herrje, schon wieder teurer
Ist das Brot, Herr Meister Schmidt?
Ja — da kommt mein Portemonnaie
Aber längst schon nicht mehr mit.

Zwanzig Mark die Knochen, Meister?
O du mein, wo soll das hin!
Dann am Mittwoch ich mit meiner
Kasse schon am Ende bin.

Was! Die Milch, die Margarine
Und der Zucker? Das ist toll!
Welcher Mensch mit dem Verdienste
Da noch fertig werden soll? —

„Lieber Mann, es ist unmöglich,
Mit dem Geld komm ich nicht aus,
Also bringe mir gefälligst
Balde etwas mehr nach Haus.

Schon der Gasmann drohte heute
Unsern Messer abzudrehn,
Auch Petroleumlicht ist teuer,
Und man kann nicht mal bei sehn.

Ach, und Kohlen für den Winter
Muß ich schnellstens holen gehn,
Sonst sind sie auch wieder teurer,
Ganz gewiß, du wirst es sehn." —

„Alles, was ich hab' verdienet,
Gab ich dir, mehr kann ich nicht,
Ja, die Preise steigen, steigen,
Nur mein Lohn — der steiget nicht." —

„Ja, wie soll ich denn dann kochen?
Ohne Geld gibt's keine Bohn'.
Hundertfach die Preise steigen,
Doch nur zwanzigfach dein Lohn."

„Liebes Kind, das ist schon richtig,
Doch das da verstehst du nicht,
Politik ist Männersache,
Aber für euch Frauen nicht." —

Politik sind Wucherpreise?
Politik ist euer Lohn?
Und das sei nichts für uns Frauen?
Welch ein schwerer, bittrer Hohn. —

Politik ist Frauensache,
Und sie geht uns ja was an,
Denn sie reicht bis an den Kochtopf,
Schaut aus leerem Schrank uns an."

Eine Hausfrau.

Im Schlußwort ging die Referentin noch einmal kurz auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein und forderte die Versammelten noch einmal auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um zum endgültigen Siege — der Befreiung der Arbeiterschaft vom Joche des Kapitals — zu kommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahm Genossin Kupke das Wort und berichtete über die Reichs-Frauenkonferenz. Auch über unsere weiteren Aufgaben sprach Genossin Kupke. Sie betonte in ihren Ausführungen, daß die Mitarbeit der Frauen bei der Durchführung der sozialen Revolution unbedingt notwendig ist. Das Beispiel Rußlands hat bewiesen, daß die Frau gerade diejenige ist, welche, gezwungen durch die zunehmende Not, als erste in den Kampf treten wird. Darum muß immer und immer die Masse der indifferenten Frauen aufgeklärt und in den Kampf mit hineingezogen werden.

Die Genossin Baum teilte mit, daß das Reichs-Frauensekretariat beschlossen hat, zwecks Schulung der Genossinnen einige Kurse im Bezirk abhalten zu lassen.

Um die Arbeit unter den Frauen zu erleichtern, verlangten die anwesenden Genossinnen nicht nur die Mitarbeit aller Frauen, sondern auch die Unterstützung der Männer. Denn es wurde bewiesen, daß oft die Männer ihre Frauen von der Politik fernhalten. Solange dies noch geschieht, kann man keine erfolgreiche Arbeit erwarten.

Die Bezirks-Frauenkonferenz hat Anträge an den am 8. Oktober tagenden Bezirks-Parteitag gestellt, die angenommen wurden.

Die Konferenz beschließt, die Genossin Kupke als Mitglied der Bezirksleitung dem Parteitage vorzuschlagen. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Konferenz unter Absingung der Internationale um 11½ Uhr geschlossen.

Tinesta, Breslau.

Billige Arbeitskraft.

Letzthin schickte ein Bergmann seine Tochter zu einem Konditoreibesitzer Poppe in Waldenburg in Stellung. Für den Monat September erhielt nun das Dienstmädchen den „fürstlichen Gehalt" von 200 Mk. nebst Verpflegung. Außerdem erhielt sie für Nachtdienst, den sie wöchentlich dreimal zu versehen hatte, eine Sonderzulage von 55 Mk. monatlich. Dieses Dienstmädchen hatte nicht nur für eine Person zu arbeiten, sondern noch die Stelle einer 2. Köchin zu vertreten, um dem Konditor weiteres Dienstpersonal zu ersparen. Einen Lohn von 300 Mk., den das Dienstmädchen beanspruchte, hielt der „Arbeitgeber" für zu hoch. Von diesem Monatsgehalt soll sich nun ein Dienstmädchen Wäsche, Schuhe und dergleichen kaufen, in den heutigen Verhältnissen ein wahres Unding. Diese Herrschaften, die sonst immer über Dienstbotenmangel klagen, finden es nicht für notwendig, ihr Personal anständig zu bezahlen. Für Eltern aber, die ihre Kinder in Stellung schicken, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, diese dem freigewerkschaftlichen Hausangestelltenverbande zuzuführen. Dieses kleine Beispiel zeigt aber auch, daß der Kapitalismus seine Herrschaft durch skrupellose Ausbeutung befestigt. Die Hausangestellten müssen sich aber, wenn sie eine endgültige Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wollen, mit Politik befassen. Folgt nicht denen, die unter dem Deckmantel christlicher Lehre euch weiter dulden wollen. Schüttelt jede Heuchelei, die euch im Kampfe um eure Interessen hindert, energisch ab. Schließt euch jenen proletarischen Frauen an, die im schärfsten Klassenkampf gegen den Ausbeuter stehen. Tretet ein, und stärkt die Reihen der Kommunistischen Partei.

E. J. Altwasser.

Keine Schuhe.

Ein regnerischer, naßkalter Herbstmorgen ist es. Die Kinder eilen froh in das warme Schulzimmer hinein. Der Regen prasselt an die Fenster. Mit dem Liede: „Hab Sonne im Herzen, ob's stürmt oder schneit!" eröffnen wir den Morgen in unserer Schule. Alle Kinder sind anwesend; nur ein Plätzlein ist leer. Wo sie nur sein mag, unsere blasse, kleine Rosa? Niemand weiß etwas von ihr. Ob sie wohl krank ist, sie war doch gestern noch so munter? Endlich meint ein Kind, die Rosa habe wohl wahrscheinlich keine Schuhe. Und so ist es. — Mit Tränen in den Augen bringt ihre Schwester von der anderen Klasse die Entschuldigung, ihre Rosa könne heute nicht in die Schule kommen, weil sie keine Schuhe zum Anziehen habe. Ihr einziges Paar sei beim Schuhmacher. Wie ich die Tränen des Kindes sehe, spreche ich nichts mehr. Es ist mir ganz weh ums Herz, und stumm drücke ich der Kleinen die Hand.

Die Schulglocke verkündet die Pause. Die junge Schar eilt hinunter in den Schulhof. Einige Kinder aber stehen noch im Schulzimmer, und ich frage sie, warum sie nicht auch hinuntergehen. Da zeigen sie ihre Stiefel und erklären mir: „In unsere Schuhe läuft ja das Wasser hinein." Ich sehe mir die Stiefel an, richtig, sie sind ganz durchgelaufen. So müssen die Kinder im Schulzimmer bleiben.

Nach dem Nachmittagsunterricht gehe ich in die Stadt. Mein Weg führt mich an verschiedenen großen Schuhgeschäften vorüber. Zufällig werfe ich einen Blick in die Schaufenster und ich sehe: Sie sind alle voll von feinsten und teuersten Schuhwaren. Sogar Stiefel der „Neuesten Mode" fehlen nicht, sie sind aus feinstem Leder, vorn spitz und eng. Dämlein stehen davor und bewundern das Machwerk findiger Fabrikanten. Unwillkürlich tauchen die Erlebnisse vom Vormittag vor mir auf. Welch „wunderbare" Einrichtung ist es doch, daß hier für das Modebedürfnis der „feinen" Dämlein so üppig gesorgt wird, während dem proletarischen Kind das Wasser in die Schuhe hineinläuft. — Und ich gelobe mir aufs neue, meine ganze Kraft dareinzusetzen und mitzuhelfen, daß solcher Wahnsinn unter den Menschen aufhöre.

E. Sch.

Programm der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Entwurf.

2. Abschnitt.*)

Die Eroberung der politischen Gewalt.

I. Das Proletariat als die aktive Macht und die führende Klasse der sozialistischen Umwälzung.

16. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an einer Sackgasse angelangt. Aus dem gewaltigsten Hebel zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums ist sie zur würgenden Fessel der Produktivkräfte, zur Zerstörerin des gesellschaftlichen Reichtums geworden. In ihrem Aufstieg hat sie sich zur Weltwirtschaft entfaltet. In ihrem Abstieg zerreißt sie die Weltwirtschaft. Die zeitweiligen Krisen, d. h. die Vernichtung von Arbeitsmitteln und -erzeugnissen waren für sie periodisch das Mittel, um einen neuen Aufschwung der Produktion einzuleiten. Die Krise ist dauernd geworden. Die Stillegung und Vernichtung von Arbeitsmitteln, lebendigen Arbeitskräften und Arbeitserzeugnissen ist der Normalzustand des verfallenden Kapitalismus. In Kriegen und Revolutionen brach die kapitalistische Wirtschaftsweise sich Bahn, räumte sie die ihr entgegenstehenden Hindernisse aus dem Weg, beflügelte sie ihren Schritt. Der Krieg ist umgekehrt zu dem furchtbaren Mittel der Selbstzerstörung der kapitalistischen Wirtschaft geworden. Er strebt periodischer Wiederholung auf größerer Stufenleiter zu. Der aufsteigende Kapitalismus vertiefte die soziale Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Er überantwortete von Zeit zu Zeit Teile der Arbeiterschaft rücksichtslos dem Untergang, dem physischen Verkommen. Er war ständig begleitet von dem Herabsinken der untersten Schichten der Arbeiterschaft in das Heer der Entwurzelten, Entarteten, Verlumpten. Aber bestehen konnte der Kapitalismus nur, indem er der großen Masse der Arbeiterklasse die physische Existenz, die normale Erhaltung der Arbeitskraft, die Aufzucht ihrer Nachkommenschaft gewährte, indem er einzelne Teile des Proletariats an seinem Aufstieg teilnehmen ließ. Der zerfallende Kapitalismus greift dagegen die physische Existenz der Arbeiterklasse an ihren Wurzeln an. Er verwandelt für die große Masse die verhältnismäßige in die absolute, die soziale in die physische Verelendung. Er schneidet brutal ab die kulturelle Erhebung der Arbeiterschaft. Er mäht die proletarische Nachkommenschaft zu Zehntausenden nieder. Er sucht sich am Leben zu erhalten auf Kosten der normalen Existenz und Fortpflanzung der Arbeiterklasse, der Angestellten, ja selbst der unteren und mittleren Beamten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an dem Punkt angelangt, wo sie die materiellen Errungenschaften und Grundlagen ihres Daseins auflöst und zerstört — die aufgehäuften Arbeitsmittel, den gesammelten gesellschaftlichen Reichtum, die lebendigen Arbeitskräfte. Noch mehr. Im rücksichtslosen Kampf um ihre gesellschaftlichen Privilegien opfert die bürgerliche Gesellschaft kalt das, worauf sie ihren Herrschaftsanspruch gründete: die bürgerliche Zivilisation. Ihre Künstler, ihre Wissenschaftler, ihre Literaten werden auf Hungerration gesetzt; Kunst, Literatur, Wissenschaft wirft sie als Ballast über Bord. Der grobe materielle Genuß, die raffinierte Ausschweifung, die künstliche Betäubung, der Obskurantismus aller Zeiten und Zonen — darin löst sich die bürgerliche Zivilisation auf.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise und die bürgerliche Zivilisation sind in voller Auflösung.

Nur eine neue, höhere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann noch den Zerfall aufhalten, die zusammenbrechende Wirtschaft retten, sie aus den Trümmern neu aufbauen, den arbeitenden Massen das Leben sichern, die verfaulende bürgerliche Zivilisation erneuern, die durch den Kapitalismus aus den Fugen geratene Welt wieder erneuern.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat durch ihren eigenen Mechanismus alle materiellen Vorbedingungen für diese höhere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung geschaffen — für die bewußte, planmäßige, einheitliche Leitung der Wirtschaft durch die Gesellschaft zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft — für den Sozialismus.

Sie hat die technischen Mittel geschaffen, um bei ihrer planmäßigen bewußten Anwendung allen Gliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, ja die überfließende Fülle zu erzeugen. Sie hat die Arbeit selbst in hohem Grade vergesellschaftet.

Die Sprengung der Fesseln des kapitalistischen Eigentums ist zur unabwendbaren gebieterischen Notwendigkeit, die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Arbeitsmitteln ist eine handgreifliche Möglichkeit geworden.

Die Fesseln des kapitalistischen Eigentums aber fallen nicht von selbst. „Von selbst", blind, unbewußt vollzieht sich nur der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft. Das kapitalistische Eigentum wird aufrechterhalten durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie. Es kann also gesprengt werden nur durch den Sturz dieser Herrschaft, durch den Hammerschlag einer politischen Revolution, die den politischen Ueberbau der alten kapitalistischen Ordnung zertrümmert, die eine neue Gesellschaftsklasse ans Ruder bringt.

Die Herbeiführung des Sozialismus ist also nur möglich durch die bewußte Tat, durch den Willensakt der revolutionären Klasse oder Klassen, die die bloße materielle Möglichkeit der sozialistischen Umgestaltung vermittels der in ihren Händen konzentrierten politischen Gewalt verwirklicht.

17. Vollstrecker und Führer der politischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung ist das Proletariat. Es kann sein Dasein als ausgebeutete Klasse nur aufheben, indem es zugleich seinen Gegensatz, das Kapital, und damit die auf dem Gegensatz zwischen den Besitzern von Arbeitsmitteln und ihren Nichtbesitzern beruhende Gesellschaftsform überhaupt aufhebt. Es kann sich als Klasse nur befreien, indem es die Gesellschaft von den Klassen befreit. Es kann sich seine Existenz nur sichern, indem es sich der Produktionsmittel bemächtigt. Es kann sich der Produktionsmittel nur bemächtigen, indem es sie zu gesellschaftlichen Produktionsmitteln macht. Es kann seine industriellen Bedürfnisse nur befriedigen, indem es das gesellschaftliche Bedürfnis zur Grundlage der Produktion macht. Es kann den Müßiggang, das Schmarotzertum nur aufheben, indem es alle in genossenschaftliche Arbeiter verwandelt. Es kann die Planlosigkeit nur entfernen, indem es die ganze Wirtschaft seinem Plan unterwirft. In dem Dasein des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist der Grundcharakter der zukünftigen Gesellschaft bereits vorgezeichnet. Es ist durch die Arbeit selbst vergesellschaftet, aber es wird durch das Kapital der Früchte seiner Vergesellschaftung beraubt. Andererseits hat sich die ausbeutende Funktion der Kapitalisten von der Tätigkeit der Leitung der Produktion immer mehr getrennt. In dem Maße, wie die Vergesellschaftung der Produktion gewachsen ist, hat das Kapital die technische, kaufmännische, organisatorische Leitung immer mehr Angestellten zugewiesen und das Gros seiner Angestellten auf bloßen Lohn qualifizierter Arbeit beschränkt oder gar darunter herabgedrückt. Technische und organisatorische Fähigkeiten zur Leitung der Produktion sind also bereits in bedeutendem Maße im Proletariat vorhanden.

Im Laufe jahrzehntelanger wirtschaftlicher und politischer Klassenkämpfe hat das Proletariat sich organisatorische Kadern geschaffen und sein Klassenbewußtsein entwickelt. Ueberall da, wo das Kapital den höheren Grad der Zusammenfassung erreicht hat, hat das Proletariat umfassende wirtschaftliche und politische Organisationen geschaffen.

Auf das Proletariat sucht der zerfallende Kapitalismus alle Lasten und Leiden des Zerfalls abzuwälzen — die Lasten des Krieges wie die Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaues. Physischer Untergang des Proletariats oder Sturz der Kapitalherrschaft, tatenloses Verderben oder Rettung durch die eigene Tat — so ist die Frage an das Proletariat gestellt. —

Der verfallende Kapitalismus drückt außer der Kapitalistenklasse, den Großgrundbesitzern und Großbauern alle anderen Volksklassen und Schichten zu Boden: das kleine auf die eigene Arbeit des Besitzers gegründete Eigentum — den Handwerker; den Krämer, den Klein- und Zwergbauern; den unteren und mittleren Beamten. Er hat durch den Krieg und die Krisis eine wachsende Schicht Deklassierter aus allen Klassen geschaffen. Alle diese Schichten und Klassen schwanken immer wieder zwischen Kapital und Arbeiterklasse, zwischen Reaktion und Revolution. Die an das kleine Eigentum gebundenen Schichten und Klassen können keine selbständige revolutionäre Rolle spielen. Sie lehnen sich entweder an die Bourgeoisie oder das Proletariat an. Das Proletariat muß danach trachten, sie von der Bourgeoisie loszureißen, sie in den Kampf gegen sie zu führen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Die Führung der Revolution kann nur in den Händen der Klasse sein, die vermöge ihrer gesellschaftlichen Rolle dazu befähigt und berufen ist, den Bruch mit der Bourgeoisie ohne Hemmungen und Schwanken zu Ende zu führen.

In seinem Befreiungskampf gruppiert das Proletariat um sich alle Klassen, Schichten und Kräfte, die gegen die bürgerliche Klassenherrschaft ankämpfen: die revolutionären Teile des Kleinbürgertums, der Intelligenz, des Kleinbauerntums. Es verbindet sich selbst mit den national-bürgerlichen Revolutionären in den Kolonial- und Halbkolonialländern, die den Kampf gegen die imperialistische Gewaltherrschaft ankämpfen.

In allen diesen Verbindungen macht das Proletariat sein eigenes revolutionäres Interesse zum ausschlaggebenden, führenden. Indem dieses Interesse die radikalste Lösung fordert — den Umsturz der bürgerlichen Ordnung — begreift es in sich die Lösung der zeitweiligen Konflikte anderer sozialer Schichten und Klassen.

Der Sieg der proletarischen Revolution wird nicht durch die bloße Tatsache verbürgt, daß die Arbeiterklasse über die größeren Kräfte verfügt. Es hängt davon ab, daß sie versteht, mit klarem Zielwillen die überlegenen Kräfte an den entscheidenden Punkten und in den entscheidenden Augenblicken auszunutzen und ihre Kämpfe durchzuhalten.

II. Die Rolle der Kommunistischen Partei und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen proletarischen Organisationen.

18. Das Proletariat ist weder in seinem Dasein noch seinem Bewußtsein nach von vornherein als Klasse einheitlich. Seine Vereinheitlichung verwirklicht sich erst im Laufe seiner Kämpfe mit dem kapitalistischen Unternehmertum, mit der Bourgeoisie und namentlich im Laufe des Kampfes um die Macht.

In der Periode des Frühkapitalismus entsteht das moderne Proletariat aus den enteigneten Bauern und Handwerkern und ist tatsächlich und ideologisch gebunden an die Bourgeoisie. Die schrankenlose Ausbeutung treibt das Proletariat zur Rebellion gegen die neue, die kapitalistische Form der Ausbeutung. Mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolution und durch Angriffe auf die positivste Seite des Kapitalismus, auf die Anwendung der Technik kämpft das Proletariat in seinen Kinderjahren gegen die unerträgliche kapitalistische Ausbeutung. Dieser elementare Kampf mit falschen Mitteln (Revolten, Putschen, Maschinenvernichtung) bringt keine Hilfe gegen die rapide Verelendung. Nach schweren Niederlagen, in langjährigen Tasten findet das Proletariat in der solidarischen Arbeitsverweigerung das Kampfmittel zur Sicherung der proletarischen Existenz.

Der elementare Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer in der Periode des primitivsten Konkurrenzkampfes der unorganisierten Unternehmer unter einander trifft den Kapitalisten an der verwundbarsten Stelle, der Profitbildung. Der bestreikte einzelne unorganisierte Unternehmer wird von der nichtbestreikten Konkurrenz um Kundschaft und Aufträge gebracht. Die Notwendigkeit der laufenden Verzinsung des Kapitals, der Material- und Maschinenschaden, die Zahlungsverbindlichkeiten zwingen den Unternehmer zum Nachgeben. Die streikenden Arbeiter finden anderweitig bei der Konkurrenz Arbeit. Das führt nicht nur zur Verminderung des Druckes auf die Arbeiter, sondern wird zu einer neuen Gefahr für den Unternehmer, der seine qualifizierten, eingerichteten Arbeiter an die Konkurrenz verliert. Dies ist in den Anfängen des Kapitalismus oft gleichbedeutend mit Vernichtung, zumal wenn das Fabrikationsgeheimnis mit dem eingerichteten Arbeiter zur Konkurrenz übergeht.

Vom Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer weitet sich der Kampf aus zum Streik der Arbeiter einer Branche gegen die Unternehmer einer Branche, eines Orts, eines Industriebezirkes, eines Landes und mehrerer Länder. Zu dieser Ausweitung der ökonomischen Kämpfe greifen die Arbeiter, um dem Unternehmer die Fortführung der Betriebe durch Streikbrecher zu erschweren, die Unternehmer, um durch ihren organisierten Zusammenschluß die Konkurrenz während der Streiks auszuschalten, die Zahlungsschwierigkeiten und den Kundschaftsabgang abzumachen. Ueberdies weitet die Konzentration der Betriebe und Aufsaugung der kleinen und Mittelbetriebe durch die kapitalkräftigen Großbetriebe, Kartelle und Trusts automatisch den Streikumfang aus. Mit der Konzentration des Kapitals entwickeln sich die Massenstreiks und Massen-Aussperrungen. Die Kampffront der Arbeiter wächst, aber es wächst auch die Widerstandskraft der Unternehmer. Aus dem für die Gesellschaft belanglosen Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer werden die Streiks der Massen zu einem gesellschaftlichen Ereignis, das die Produktion und die Staatsmacht der Bourgeoisie in seinen Grundlagen erschüttert. Die Streiks der Massen weiten sich aus zu gigantischen Kämpfen, die den staatlichen Rahmen überschreiten und international die Klassenfront aufreißen durch ihre Gewalt und Massenhaftigkeit, die Klasse gegen Klasse in zwei feindliche Lager zwingen und aus ökonomischen und gewerkschaftlichen Kämpfen zur Sicherung der Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung zu politisch-revolutionären Kämpfen um die Macht und Herrschaft werden.

19. Mit den wirtschaftlichen Kämpfen entwickeln sich die wirtschaftlichen Organisationen. Der spontane Streik wird unterstützt durch spontane Sammlungen. Aus den elementaren Sammlungen und elementaren Abwehrvereinigungen bildet sich der berufsmäßige und lokale Zusammenschluß. An Stelle der spontanen Sammlungen tritt die regelmäßige Beitragszahlung. Der Zusammenschluß zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufes von billigen Lebensmitteln führt zum Konsumverein und zur Genossenschaftsbewegung. Mit der Entwicklung der Kämpfe und deren Massenhaftigkeit entwickelt sich die gewerkschaftliche Organisation vom lokalen Berufsverein zur zentralen Berufs- und Industriegewerkschaft und deren nationale und internationale föderalistische und schließlich zentralistische Vereinigung.

Die Mannigfaltigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes führt zur Ausbildung einer komplizierten Strategie und Verwaltung. Der tatsächliche Inhalt und Sinn dieser organisierten Klassenkämpfe ist bis 1914 die Sicherstellung und Verbesserung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nehmen zu die Kämpfe und das Erfassen des Sinnes dieser Kämpfe durch das Proletariat. Das Bewußtwerden dieser Kämpfe führt zur Verfeinerung und Vertiefung des proletarischen Klassenbewußtseins, zur Verstärkung und Sicherung der Macht der proletarischen Organisationen.

20. Parallel mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Organisation und den ökonomischen Kämpfen geht der politische Kampf und der Auf- und Ausbau der politischen Organisation. Schon der ökonomische Streik der Arbeiter einer Fabrik gegen den einzelnen Unternehmer der Fabrik ist im Grunde ein politischer Kampf. Die Bourgeoisie in der Periode des Frühkapitalismus vermochte den Einzelstreik in einem Betriebe nicht mit ihrer Staatsmacht niederzuschlagen, wie jene Kämpfe, die die Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung führten mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolte. Insofern war die politische Bedeutung dieser Kämpfe prinzipiell wichtig. Das Proletariat blieb aber noch jahrzehntelang politisch im Gefolge der Bourgeoisie, als es schon heftig und siegreich gegen die Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiete kämpfte.

In England ist der politische Loslösungsprozeß des Proletariats von der Bourgeoisie bis heute noch nicht bis zur selbständigen proletarischen Parteibildung durchgeführt. Der politische Kampf der zwei hart um die Regierungsmacht kämpfenden bürgerlichen Parteien wurde von den englischen Arbeitern lediglich indirekt ausgenützt, durch wechselnde Unterstützung jener Partei, die die Augenblicksforderung der Arbeiter, die durch den direkten ökonomischen Kampf in den Vordergrund gerückt wurde, zu erfüllen versprach. Es gelingt dem englischen Proletariat auf diese Art durch Unterstützung der Liberalen die Kornzölle abzuschaffen und billiges Brot zu erkämpfen und durch Unterstützung der Torys die Arbeitszeitverkürzung, die 12 und schließlich die 10 Stundenbill und die Arbeiterschutzgesetzgebung gesetzlich festzulegen.

In den romanischen Ländern entwickelt sich ein zweiter Typus der Arbeiterbewegung. Wegen der geringeren zahlenmäßigen Bedeutung des Proletariats und genau geregelten Rolle in der Wirtschaft dieser Länder bleiben die vom Proletariat unterstützten bürgerlichen Parlamentarier nach der Wahl die gemachten Versprechungen fast restlos schuldig. Die Enttäuschung über den Parlamentarismus führt zur Vernachlässigung des Kampffeldes des bürgerlichen Parlamentarismus durch das Proletariat und zur Propaganda der Beschränkung auf den rein gewerkschaftlichen Kampf (Syndikalismus), ohne indeß die Machtstellung des Proletariats zu erweitern.

Die dritte Form der Arbeiterbewegung, die Synthese der beiden ersten, ist die deutsche, die neben der, dem Bürgertum gegenüber selbständigen politischen Partei eine mit der Partei zusammenarbeitende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung heranbildet, die in Arbeitsteilung unter Ausnützung aller Möglichkeiten, die die kapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Staatsmacht bietet, den Kampf um die Sicherung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung führt.

Der vierte Typus ist die russische Form der Arbeiterbewegung. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse Rußlands machten eine legale Kampftätigkeit innerhalb der bestehenden Ordnung unmöglich. In einem zähen, heroischen, opferreichen Kampf bildet sich illegal eine revolutionäre Partei, deren vorwiegende Tätigkeit zum nächsten Zielpunkt den Umsturz der politischen Machtverhältnisse hat. Die schweren Kampfbedingungen schaffen eine Auslese der mutigsten und kampffähigsten Kaders in der revolutionären Partei, die jede Frage konsequent zu Ende zu denken fähig und in die Tat umzusetzen imstande sind. Im geeigneten Zeitpunkt gelingt es dieser Partei die Führung der Massen an sich zu reißen, die alte Macht zu stürzen, die proletarische Staatsmacht, gestützt auf ein revolutionäres Bauerntum, aufzurichten und siegreich zu verteidigen.

21. Die Sicherstellung der proletarischen Existenz stößt heute überall auf die Schranken der politischen Macht der Bourgeoisie. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse nirgends mehr auf die Dauer möglich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, überall in der Kommunistischen Partei ein leitendes Organ der proletarischen Klasse zu schaffen, das, wie in Rußland, imstande ist, den revolutionären Machtkampf zu organisieren und zu leiten. Gegenüber den Schwankungen des Bewußtseins und des Willens des Gros der Arbeiterklasse verkörpert und verwirklicht die Kommunistische Partei ihre ideelle und tatsächliche Klasseneinheit. Sie vereinigt in sich die fortgeschrittensten, klarsten, kampfesmutigsten Teile der Arbeiterklasse. Die Konstituierung des Proletariats zur bewußten Klasse — sie vollzieht sich durch die Kommunistische Partei.

Die Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen".

Im Zeitalter der zerfallenden kapitalistischen Weltwirtschaft kann der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse nur unter ausschließlicher, zentraler internationaler Leitung und bei Wahrung straffster revolutionärer Disziplin siegreich geführt werden.

Die Kommunistische Partei ist eine einheitliche internationale Partei.

Die Kommunistische Partei strebt nicht zur Macht als eine kleine Minderheit des Proletariats, sie strebt danach, die große Mehrheit der Arbeiterklasse (und der schaffenden, vom Kapital ausgebeuteten und bedrückten Volksmassen) für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus zu erobern. Sie strebt danach, die breitesten Massen des Proletariats zu bewußten willensstarken Trägern der Klassenkämpfe gegen die Bourgeoisie zu machen. In diesen Kämpfen verbindet sich die Kommunistische Partei aufs innigste mit den Massen und übernimmt ihre Führung.

Die Kommunistische Partei wird die Macht nur ergreifen an der Spitze der Arbeiterklasse. Ihr Sieg steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.

Aus dieser Stellung der Kommunistischen Partei ergibt sich ihr Verhältnis zu den bestehenden reformistischen Parteien und den reformistischen Gewerkschaften.

Die reformistischen und zentristischen Parteien leisten durch ihr Festhalten an den erstarrten Formen der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit der Bourgeoisie Helferdienste. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist bei Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft nicht mehr möglich. Indem die reformistischen und zentristischen Parteien für den kapitalistischen „Wiederaufbau" tätig sind, opfern sie die Interessen der Arbeiterklasse und diese selbst. Sie verwandeln sich

*) Siehe „Rote Fahne" Nr. 45.

während des Kampfes um die Macht in ein Deckschild, eine aktive Hilfstruppe der Bourgeoisie; sie werden nach Eroberung der Macht die Herde der konterrevolutionären Propaganda, Organisation und Aktion, der Sammelpunkt, um den sich alle Klassen und Schichten gruppieren, die sich gegen die proletarische Staatsmacht auflehnen.

Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den reformistischen Arbeiterparteien ist deshalb nur Kampf bis zu ihrer vollständigen Ueberwindung.

Die reformistischen Gewerkschaften, in denen die proletarischen Massen gesammelt sind, stehen, wie die zentristischen und reformistischen Parteien, im Lager der Bourgeoisie; sie verraten die Arbeiterinteressen tagtäglich, indem sie aus Furcht vor dem revolutionären Machtkampf im Interesse des kapitalistischen „Wiederaufbaues" sogar in den einfachsten Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gegen die Arbeiter mit der Bourgeoisie in Harmonie und Arbeitsgemeinschaft zusammengehen. Diese Massenorganisationen des Proletariats gilt es zu erobern, von der reformistischen Führung zu reinigen und ihre bürokratische Verkuöcherung zu beseitigen durch die Betriebsräte, die die lebendigen und im revolutionären Kampf immer bedeutsamer werdenden neuen Gewerkschaftsorgane sind.

Indem die Kommunistische Partei die Führung in diesem revolutionären Kampf übernimmt, schafft sie in den Arbeiterräten die dem Proletariat spezifischen Klassenorgane, in denen über alle Differenzierungen hinweg das gesamte Proletariat organisiert wird. Unter Führung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterräte, im ideologischen und Machtkampf geschult, zum Organ der Arbeiterklasse für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Im Feuer des Bürgerkrieges, im harten, opferreichen Ringen um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft überwindet das Proletariat die Reste des bürgerlichen Denkens und Handelns, wird kommunistisch, wirft den bürgerlichen Klassenfeind nieder und schafft in dem Umfange, in dem es gelingt, die bürgerliche Klasse zu vernichten, die klassenlose Gesellschaft, die keine Ausbeutung und keine Unterdrückung mehr möglich macht, weil anstelle der schmutz- und bluttriefenden bürgerlichen Gesellschaft die klassenlose Gesellschaft sich selbstverwaltender freier Menschen tritt.

In seinem Befreiungskampf wendet das Proletariat alle Kampfmittel an, die die Verhältnisse ihm in die Hand geben, und die geeignet sind, den Gegner zurückzuwerfen und den proletarischen Kampf selbst zu organisieren: vom ökonomischen Streik bis zum politischen Massenstreik, von der öffentlichen Versammlung und der friedlichen Demonstration bis zum bewaffneten Aufstand.

III. Die Rolle der Gewalt.

22. Die Bourgeoisie, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Lakaien, zetert über die gewaltsamen Methoden der Kommunisten, über den kommunistischen Terror.

Diese Klage der Bourgeoisie über kommunistische Gewalt ist grobe Heuchelei.

Die Bourgeoisie selbst ist nur durch eine Reihe blutiger Revolutionen, durch Krieg und Bürgerkrieg zur Herrschaft gelangt. Ihre staatliche „gesetzliche" Macht ist selbst ein Ergebnis der Revolution.

Die Bourgeoisie hat von Anbeginn ihrer Laufbahn die Gewalt in ihrer konzentriertesten Form angewandt, um ihren Herrschaftsbereich zu erobern, auszudehnen und zu behaupten.

Die Bourgeoisie in ihrer heutigen imperialistischen Aera hat die gewaltsamen Methoden ihrer Herrschaft aufs höchste gesteigert.

Die Bourgeoisie, die den Boden ihrer Herrschaft unter den Füßen wanken sieht, ergänzt allenthalben die legale staatliche Gewalt durch die illegale, außerstaatliche.

Die Bourgeoisie pfeift auf alle ihre Gesetze, wo sie ihre Herrschaft bedroht sieht.

Die „friedliche" Demokratie existiert nur in Zeiten geschichtlicher Stagnation, fester Klassenverhältnisse, aufsteigender kapitalistischer Entwicklung.

In den Zeiten des kapitalistischen Abstiegs, der Erschütterung aller Klassenverhältnisse, ist die „friedliche Demokratie" nur eine Maske vor dem eisernen Gesicht der bürgerlichen Diktatur.

Die „Gewaltlosigkeit" wird zur Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat in dem Augenblick, wo die Arbeiterklasse das physische, zahlenmäßige Uebergewicht über die Bourgeoisie erlangt, sich ihres Gegensatzes zur Bourgeoisie bewußt zu werden beginnt und ihr zahlenmäßiges physisches Uebergewicht über sie zur Geltung bringt.

Die Bourgeoisie selbst lacht der Zumutung der Gewaltlosigkeit

Sie hat gegenüber der proletarischen Revolution in Sowjetrußland unzählige Bürgerkriege, Verschwörungen, Aufstände angezettelt, sie hat den gegenrevolutionären Krieg wieder und wieder ins Land getragen. Sie hat die proletarischen Erhebungen am Ende des Krieges in Mitteleuropa in Strömen von Blut erstickt. Sie hat den Terror, den politischen Mord, die Verschwörung zu ihrer stehenden Waffe gemacht.

Sie kehrt die Teufeleien des Weltkrieges, von den Giftgasen bis zu den bombenwerfenden Flugzeugen und den Tanks, gegen die aufsteigende proletarische Revolution.

Die bürgerliche Gewalt ist die Gewalt im Interesse der Minderheit gegen die Interessen der breiten Volksmassen.

Die proletarische Gewalt ist die zusammengefaßte Gewalt der breiten Volksmasse gegen die herrschende Minderheit.

Die bürgerliche Gewalt ist reaktionär, die proletarische Gewalt ist revolutionär.

Die Kommunisten leugnen nicht, daß nur die Gewalt, der Bürgerkrieg in seiner schroffsten Form die bisher herrschenden Klassen stürzen wird.

Die proletarische Gewalt ist unvermeidlich, solange die bürgerliche Gewalt der Minderheit die breiten Volksmassen in Ausbeutung und Knechtschaft halten soll. Sie wird überflüssig in dem Maße, wie die bürgerliche Minderheit sich der proletarischen Mehrheit unterordnet — wie sie ihre Klassenansprüche aufgibt.

Die bürgerliche Gewalt strebt danach, die gewaltsame Beherrschung der breiten Volksmassen zu verewigen.

Die proletarische Gewalt strebt danach, sich selbst überflüssig zu machen.

Die proletarische Gewalt als die Gewalt der Volksmehrheit tritt offen als Klassengewalt auf.

Die bürgerliche Gewalt, als die Gewalt einer kleinen Minderheit, ist ständig genötigt, sich selbst zu verleugnen.

23. Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muß die Kommunistische Partei alle Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie ausnutzen (Parlamente, Gemeinde, Verwaltungen usw.). Sie muß trachten, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften) zu erobern, um diese Organisationen umzuformen aus Trägern der bloßen Reformen in die breiten Sturmkolonnen, die die Bourgeoisherrschaft stürzen.

Ausschlaggebend ist in allen Kämpfen die Aktion der breiten Volksmasse selbst.

Individueller Terror und Einzelsabotage sind keine geeigneten Mittel des proletarischen Klassenkampfes.

IV. Die bürgerliche Demokratie.

24. Das Proletariat kann die politische Gewalt nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie erobern und festhalten. Die bürgerliche Demokratie ist die letzte, entwickelnde Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft.

Sie ist die Staatsform, in der in den kapitalistisch entwickelten Ländern der Klassenkampf endgültig auszufechten ist.

Die Staatsmaschine der bürgerlichen Republik ist wie die aller früheren Staatsformen der kapitalistischen Gesellschaft eine Maschine zur gewaltsamen Unterdrückung der ausgebeuteten durch die ausbeutenden Klassen.

Die bürgerliche Demokratie ist gegründet auf die formelle Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Aber die wirtschaftliche Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer macht die Rechtsgleichheit zur tatsächlichen Ungleichheit.

Dem Scheine nach haben alle Staatsbürger gleiche Rechte und Freiheiten. In der Wirklichkeit haben nur die Besitzenden die Möglichkeit, von den demokratischen Rechten voll Gebrauch zu machen; die Nichtbesitzenden sind in ihrem Gebrauch beschränkt oder von ihm ausgeschlossen.

Die Versammlungsfreiheit! Aber die Kapitalisten allein haben die nötige Muße, sie besitzen die Versammlungssäle, ihnen dient die große Schar redegeübter Intellektueller und politischer Agenten.

Die Pressefreiheit! Aber die Kapitalisten sind die Besitzer der Druckereien und Papierfabriken, sie können die geübtesten Schriftsteller und Schreiber in ihre Dienste nehmen.

Gleiches Recht! Aber die Richter sind Fleisch vom Fleisch der Bourgeoisie.

Freiheit der Wissenschaft! Aber die Wissenschaft ist das Privileg der Besitzenden, sie ist daher bürgerliche Klassenwissenschaft.

Gleiches Wahlrecht! Aber die Bourgeoisie sichert sich das Uebergewicht vermittels der Beherrschung der Presse, der Schule, der Kirche, durch die tausend Mittel, durch die sich ökonomische Uebermacht durchsetzt.

Die Bourgeoisie beherrscht das Parlament durch das offene und geheime Spielenlassen ihrer wirtschaftlichen Machtmittel.

Aber das Parlament ist nur ein Teil der Regierungsmaschine.

Die tatsächliche Staatsverwaltung wird ausgeübt durch die staatliche Bürokratie.

Die wichtigsten leitenden Stellen der staatlichen Bürokratie sind im Besitz der herrschenden Klassen. Die staatliche Bürokratie lebt abgewendet von den breiten Volksmassen, sie ist ihrem unmittelbaren Einfluß entzogen. Sie steht dafür unter dem ausschlaggebenden Einfluß der bürgerlichen Klassen.

Die tatsächlichen Machtmittel der bürgerlichen Demokratie sind vereinigt in den Händen der Polizei- und Heeresmacht.

Die bürgerliche Demokratie erweitert die überkommene Staatsmaschine, sie fügt ihr Teile der beherrschten Klassen ein, aber sie verstärkt dadurch nur dieses Unterdrückungsmittel.

Die bürgerliche Demokratie als die letzte, entwickelteste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft bietet dem proletarischen Klassenkampf einen größeren Spielraum, als absolutistisch-monarchistisch-feudalistische Staatsformen.

Gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus ist die bürgerliche Demokratie ein Schritt vorwärts.

Die Arbeiterklasse muß gegenüber Absolutismus und Feudalismus die bürgerliche Demokratie erkämpfen.

Sie ist verpflichtet, jedem Versuche, die bürgerliche Demokratie zugunsten absolutistischer Herrschaft zu beseitigen, mit äußerster Energie entgegenzutreten.

Aber um seine eigene Klassenherrschaft aufzurichten und auszuüben, muß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine und damit den bürgerlichen Staat sprengen und die proletarische Staatsgewalt aufbauen.

V. Die proletarische Diktatur.

25. Der nächste Zweck der proletarischen Diktatur ist die gewaltsame Niederhaltung der bisher herrschenden kapitalistischen Minderheit durch die staatlich zusammengefaßte und organisierte Gewalt der proletarischen Mehrheit, ist die Verwaltung des gesamten öffentlichen Lebens durch das Proletariat, die Entreißung aller ökonomischen Machtmittel aus den Händen der Bourgeoisie und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Die proletarische Diktatur macht für die breiten Volksmassen die Scheinrechte und Scheinfreiheiten der bürgerlichen Demokratie erst zu wirklichen Rechten und wirklichen Freiheiten.

Die proletarische Diktatur gibt Rechte allen denen, die arbeiten, und nur denen, die arbeiten.

Die proletarische Diktatur hebt die staatliche Bürokratie, die Parlamente, die Berufsrichter, die bürgerliche Polizei und Armee auf.

Sie hebt die Trennung der Staatsgewalten auf.

Die proletarische Diktatur setzt an die Stelle der bürokratisch-militärischen Beherrschung der Volksmassen — die Selbstverwaltung durch die Arbeiterräte (und Kleinbauernräte) in Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat.

Die Arbeiterräte sind keine parlamentarischen, sondern arbeitende Körperschaften. Sie vereinigen Gesetzgebung, Verwaltung, Kontrolle, Exekutive und Rechtsprechung in ihrer Hand.

Wie die Arbeiterräte die Macht nur erobern können, geführt von der revolutionären Partei des Proletariats, den Kommunisten, so können sie sie nur unter kommunistischer Führung gegen alle Widerstände festhalten.

Die Arbeiterräte werden nicht territorial, sondern nach Betrieben und Wirtschaftskörperschaften gewählt. Sie arbeiten gegen Arbeiterlöhne. Sie sind jederzeit abberufbar.

Die proletarische Staatsgewalt stützt sich auf das bewaffnete Proletariat, dessen aktiver Teil die Rote Garde und die Rote Armee, dessen Reserve die Rote Miliz ist. Die proletarische Staatsgewalt bedient sich des proletarischen Klassengerichts: der Revolutionstribunale zur beschleunigten Aburteilung ihrer Gegner und zur Bestrafung der Verbrechen an der revolutionären Disziplin, der permanenten proletarischen Klassengerichte für die übrigen Streitfälle.

Die proletarische Staatsgewalt entreißt die Presse, die Versammlungssäle, die Schule der Bourgeoisie. Die proletarische Staatsgewalt verwirklicht für die Gesamtheit die gesellschaftliche Erziehung aller, ohne Unterschied des Geschlechts. Die Schule des proletarischen Staates vereinigt die Erziehung der Hand mit der des Kopfes, sie verbindet die Ausübung produktiver Arbeit mit der theoretischen Ausbildung.

Der proletarische Staat vollendet die Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule; er überläßt den Unterhalt der Kirche und ihrer Priester den Gläubigen.

Der proletarische Staat gibt allen bisher unterdrückten Nationen und Teilen von Nationen die volle Freiheit, sich selbständig staatlich zusammenzuschließen.

Der proletarische Staat vernichtet mit der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Eigentumsordnung die soziale Grundlage jedes Herrschaftsverhältnisses von Menschen über Menschen. Er hebt damit die Herrschaft des Mannes über die Frau auf. Er gliedert diese als gleich verpflichtet und gleichberechtigt der gesellschaftlichen Wirtschaft ein, wertet und schätzt die Mutterschaft nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und verbürgt die vollkommene Rechtsgleichheit der Geschlechter. Er wälzt die alte Form der Familie um, die auf der Ausbeutung und Unfreiheit der Frau beruht, und verwandelt die Familie in eine freie sittliche Einheit.

Als erste Stufe der Verbindung der nationalen Räterepubliken betrachten die Kommunisten den Bund der Räterepubliken, mit gemeinschaftlicher Leitung des Heereswesens, der Wirtschaft und der Außenpolitik.

Die Kommunisten erstreben die Zentralisierung der Wirtschaft der Räterepubliken.

Für Deutschland erstreben die Kommunisten: die einheitliche sozialistische Räterepublik. Sie fordern die Aufhebung der bisherigen Einzelstaaten und der bisherigen Landes- und Provinzeinteilung, die Neueinteilung nach Wirtschaftsgebieten.

Die deutsche sozialistische Räterepublik wird es dem freien Ermessen der Bevölkerung der deutschsprechenden Gebiete außerhalb des jetzigen Deutschlands überlassen, ihren Anschluß zu vollziehen.

VI. Uebergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht.

26. Arbeiterräte und Parlamente, proletarische und bürgerliche Diktatur können in einem großen Staate in der Zeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft auf die Länge nicht nebeneinander existieren. Entweder vernichten die Arbeiterräte die Parlamente, oder die Parlamente vernichten die Arbeiterräte.

Der Sturz der bürgerlichen Demokratie, die Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine ist ein einmaliger, gewaltsamer Akt.

Aber die Schaffung der Arbeiterräte und ihr Heranreifen zu der Machtfülle, die sie befähigt, die bürgerliche Demokratie zu stürzen und zu ersetzen, kann kein einmaliger Akt sein.

Die Arbeiterräte können nicht anders entstehen als im Schoße der bürgerlichen Demokratie selbst. Sie werden — unter welchem Namen, in welchen Formen, mit welchen ursprünglichen Zwecken auch immer — entstehen als die Organe, die der Arbeiterklasse erlauben, ihre organisatorische Zerklüftung zu überwinden, um tatsächlich als Klasse einheitlich zu kämpfen.

Die Arbeiterräte können nur im Feuer zäher, hartnäckiger Klassenkämpfe die zunächst nur organisatorische Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in ihre ideelle Vereinheitlichung umwandeln, die die notwendige Voraussetzung für ihren schließlichen Sieg über die bürgerliche Demokratie ist.

Zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Räterepublik liegt also notwendig eine Periode, wo die Arbeiterräte und der bürgerliche Staat nebeneinander bestehen und um die politische Macht ringen. (Doppelregierung.)

Das Entstehen und revolutionäre Heranreifen der Arbeiterräte entspricht dem Wachstum des proletarischen Klassenkampfes nach Umfang, Tiefe und Schärfe und der Schritt für Schritt damit fortschreitenden Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins.

Die Arbeiterräte bringen zum Ausdruck, die in der Tiefe und Breite der proletarischen Massen sich vollziehende Entfremdung, Loslösung und Entgegensetzung gegen die Bourgeoisie, aber zugleich auch die Loslösung von denjenigen ihrer bisherigen politischen Führer, die mit der Bourgeoisie eng verbunden sind.

Der Ausdruck der Verbindung der Führung proletarisch zusammengesetzter Massenparteien mit der Bourgeoisie ist dagegen die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition.

Die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition entspricht einer Stufe des Klassenkampfes, wo die Bourgeoisie bereits nicht mehr imstande ist, die proletarischen Massen unmittelbar ideologisch zu beherrschen, wo sie genötigt ist, sich zu diesem Zweck sozial-reformistischer und zentristischer Mittelmänner zu bedienen.

In der Anfangsperiode der Krise des Kapitalismus scheint die Periode der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung ein unvermeidliches Mittel, um den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten, aber auch um sie durch eigene Erfahrung von ihren bürgerlich-demokratischen Illusionen loszulösen.

Den Kommunisten fällt dabei die Aufgabe zu, diesen Prozeß durch fortlaufende Kritik an der Hand der im Kampf erworbenen politischen und sozialen Erfahrungen der Massen und durch die unausgesetzte Bemühung um die Herbeiführung einer einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Bourgeoisie zu beschleunigen.

Die Voraussetzung dafür ist die Bewahrung der vollen Freiheit der Kritik und der Propaganda und die unbedingte organisatorische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei. Die Partei darf die Aktionsgemeinschaft mit anderen Arbeiterparteien und Organisationen nur solange aufrecht erhalten, als das Interesse des Kampfes nicht darunter leidet. Dabei ist anzuknüpfen an diejenigen Teilkämpfe und Teilziele, die der Lage der breiten Massen entsprechen und die der Reife ihres Verständnisses naheliegen (Taktik der Einheitsfront).

In dem Zeitabschnitt, wo die selbständige Massenbewegung des Proletariats eine bestimmte Höhe und Breite erreicht hat, wo ihr Gegensatz zur Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Arbeiterführer sich vertieft, wo sie aber in ihrer Mehrheit noch nicht bereit ist, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen, ist die Forderung der Arbeiterregierung das geeignete Mittel, um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen.

Die Forderung der Arbeiterregierung begreift in sich nicht nur die Forderung der Loslösung der Spitzen der reformistischen Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie, sondern vor allem die Schaffung neuer Stützpunkte proletarischer Macht in und durch die Massen selbst, und die Zertrümmerung von Machtstützpunkten der Bourgeoisie. Die entscheidenden Machtstützpunkte der Arbeiterregierung müssen die bewaffneten Proletarier, ihre ausschlaggebende politische Grundlage müssen die Arbeiter (Kleinbauern) und Betriebsräte sein.

Gestützt auf die bewaffneten Arbeiter und die Arbeiterräte, entwaffnet die Arbeiterregierung die Bourgeoisie, zerstört ihre organisatorischen Verbindungen und entfernt die bürgerlichen Elemente aus der bisherigen Staatsmaschine.

Der Etappe der Arbeiterregierung entsprechen eine Reihe ökonomischer und finanzieller revolutionärer Uebergangsmaßregeln, die je nach den einzelnen Ländern und entsprechend der Lage der einzelnen Länder verschieden sein werden.

Diese Uebergangsmaßregeln bewegen sich formell noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung und Produktionsverhältnisse und des bürgerlichen Finanzsystems, aber sie sind tatsächlich bereits Eingriffe der als Arbeiterregierung konstituierten proletarischen Staatsgewalt, die das Verfügungsrecht der Kapitalisten über ihr Eigentum, die das kapitalistische Profitinteresse bewußt und rücksichislos im Interesse und zum Vorteil des Proletariats und der breiten schaffenden Massen beschränken.

Für Deutschland und eine Reihe anderer Länder kommen als solche ökonomischen Uebergangsmaßregeln etwa folgende in Betracht:

1. Die Beteiligung des Staates an allen kapitalistischen Großbetrieben (Erfassung der Sachwerte) und die Verwendung der dem Staate zufließenden Betriebsüberschüsse in erster Linie zur Beseitigung der Steuerbelastung der breiten Massen (indirekte, Verkehrssteuern, Lohnsteuern).
2. Die staatliche Syndizierung oder Vertrustung der kapitalistischen Betriebe, an denen der Staat beteiligt ist, unter ausschlaggebender Mitwirkung (Kontrolle) der wirtschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten (Betriebsräte, Gewerkschaften).
   (Produktionskontrolle.)
3. Zu diesem Zweck Aufhebung des Bank-, Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses.
4. Staatliches Lebensmittelmonopol und Rationierung — ebenfalls unter ausschlaggebender Mitwirkung der Organe der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern.
5. Staatliches Außenhandels- und Bankmonopol — wieder unter ausschlaggebender Arbeiter- und Angestelltenkontrolle.

Alle diese Uebergangsmaßregeln sind — obwohl formell noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung — tatsächlich bereits in schroffem Widerspruch zu dem kapitalistischen Klasseninteresse, sie werden nur im schärfsten, breitesten Kampf gegen die Bourgeoisie durchzusetzen sein. Der erbitterte und planmäßige Widerstand der Bourgeoisie wird die Arbeiterregierung naturgemäß zwingen, schließlich über diese halben und in sich widerspruchsvollen Maßregeln hinauszugehen, und an Stelle der teilweisen Beschlagnahme des bürgerlichen Eigentums und der bloßen Beschränkung des kapitalistischen Verfügungsrechts die volle Aufhebung des bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (Rohstoffen usw.) und die gänzliche Beseitigung des kapitalistischen Verfügungsrechts zu setzen.

Sie wird zu diesem weiteren Schritt gezwungen werden durch die unausbleibliche Erscheinung, daß die Kapitalisten die

Reste ihrer Verfügungsgewalt und ihres Eigentums dazu benutzen werden, um einen hartnäckigen, unerbittlichen, heimtückischen Kampf gegen die Wirtschaft der Arbeiterregierung zu führen, um sie zu desorganisieren und zu sabotieren.

Die Kapitalisten werden aber auch alle unter der Arbeiterregierung noch bestehenden bürgerlichen Staatseinrichtungen benutzen, um von hier aus den politischen Kampf gegen sie zu organisieren und führen: das Parlament, die Justiz, das Heer, die Verwaltung, die Presse, die Schule, die Kirche usw.

Im Verlaufe dieser Kämpfe wird die Arbeiterregierung daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sein, ihre zwiespältige, in sich widerspruchsvolle politische Form aufzuheben, die bürgerliche Staatsmaschine auch formell zu zerbrechen, und die Arbeiterräte zu Trägern der gesamten Staatsmacht zu machen.

Das zeitweilige Nebeneinanderbestehen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und der Arbeiterräte als um Leben und Tod ringender Mächte, ist eine unvermeidliche Etappe im Uebergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur.

Ob die Arbeiterregierung, die letzte mögliche denkbare Etappe vor der Rätediktatur verwirklicht, oder ob sie übersprungen wird, ist nicht von vornherein zu sagen, ebensowenig wie von vornherein zu sagen ist, daß staatskapitalistische Maßregeln im Interesse der Arbeiterklasse eine Uebergangsstufe sein werden, bei der eine gewisse Zeitlang verweilt wird.

Das hindert jedoch nicht, daß die Kommunisten, solange die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht bereit ist, unmittelbar die Rätediktatur und den Sozialismus zu verwirklichen, diese letzten denkbaren Etappen vor der Rätediktatur und dem Sozialismus ganz bewußt und planmäßig ins Auge fassen müssen.

Werden diese Etappen dank dem hartnäckigen Widerstand der Bourgeoisie und der Tatenschen ihrer sozialdemokratischen Lakaien übersprungen — dann um so schlimmer für die Bourgeoisie.

3. Abschnitt.

Die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung.

27. Der unter dem Kapitalismus ausgebildete tatsächliche einheitliche Zusammenhang der Weltwirtschaft offenbart sich der kapitalistischen Welt, die diesen Zusammenhang gewaltsam aufhebt, in der schlagenden Form der Zerrüttung der Produktivkräfte.

Die kapitalistische Form der Aneignung ist in grundlegenden Widerspruch geraten zur weltwirtschaftlichen Form der Produktion.

Erst die sozialistische Wirtschaft ist imstande, diesen Widerspruch zu beseitigen und die Weltwirtschaft als ein planmäßiges harmonisches Ganzes zu verwirklichen. Es ist klar, daß die sozialistische Wirtschaft vollendet nur durchzuführen ist im Weltrahmen.

Der sozialistischen Wirtschaft in kapitalistischer Umgebung sind durch diese Umgebung bestimmte Schranken und Opfer auferlegt.

Es ist aber auch klar, daß das in einem oder in mehreren kapitalistischen Großstaaten zur Herrschaft gelangte Proletariat mit der Durchführung sozialistischer Maßregeln nicht warten kann, bis die ganze übrige Welt das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt hat.

Die Schranken und Opfer, die dem sozialistischen Aufbau durch die kapitalistische Umgebung auferlegt sind, werden in dem Maße sich verringern, wie das Gebiet der proletarischen Herrschaft und seine Produktivkräfte sich ausweiten.

Das zur politischen Herrschaft gelangte Proletariat kann jedoch und **muß** daher sofort mit Maßregeln zur Verwirklichung des Sozialismus beginnen.

Es kann seine im ständigen, offenen und versteckten Kampfe gegen die Kräfte der versinkenden Bourgeoisie zu behauptende Macht nur festhalten, indem es der Bourgeoisie unverzüglich und rücksichtlos ihre ökonomischen Machtmittel entreißt, die die letzte und stärkste Grundlage ihrer politischen Macht bilden.

Es muß zunächst sofort die Maßregeln ergreifen, um den Schutt zu beseitigen, den die zusammengebrochene kapitalistische Wirtschaft und die bankrottierte Finanzwirtschaft des bürgerlichen Staates hinterlassen haben.

Unerläßlich ist:

Die Annullierung der inneren Staats- und öffentlichen Schulden, sowie der Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen in einer bestimmten Höhe, die staatlich zentral festzusetzen sind.

Ferner ist durchzuführen, wo das von der bürgerlichen Republik unterlassen ist: die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

Der proletarische Staat kann **grundsätzlich** keine auswärtigen Schuldverpflichtungen, Kriegsentschädigungen usw. des von ihm abgelösten bürgerlichen Staates anerkennen. Er muß unbedingt die Annullierung der auswärtigen Schuldverpflichtungen anstreben.

In welchem Zeitmaße er dieses Ziel wird durchsetzen können, das wird jedoch von dem jeweiligen Verhältnis der bürgerlichen und der proletarischen Kräfte außerhalb seiner Grenzen abhängen.

Als die ersten Schritte zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft fordert die Kommunistische Partei:

1. Die Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften auf Großbetrieben unter einheitlicher zentraler Leitung im Staatsgebiete; die Aufteilung von Großgrundbesitz, der im Kleinbetrieb bewirtschaftet wird.
   Bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zum freiwilligen Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.
2. Enteignung aller Bergwerke, Hütten, Banken, aller Großbetriebe in Industrie, Handel und Verkehr. Zentraler, einheitlicher Wirtschaftsplan. Staatliches Monopol des Außenhandels.
3. Zusammenschluß der industriellen Kleinbetriebe zu selbstverwaltenden Genossenschaften.
4. Allgemeine Arbeitspflicht.
   Vollständiger staatlicher Unterhalt der Arbeitsunfähigen (Kinder, Greise, Kranke usw.) und Arbeitslosen.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft macht die grundsätzliche Umwandlung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin erforderlich. An die Stelle der kapitalistischen Zwangsdisziplin tritt die freiwillige sozialistische Arbeitsdisziplin. Ihre Durchsetzung wird jetzt die Sache der Arbeiter selbst und der von ihnen eingesetzten und kontrollierten Organe in der Fabrik und im Arbeiterstaat.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Ausbeuter und dem Uebergang der Fabriken, Bergwerke, landwirtschaftlichen Großbetriebe usw. in die Hände der Arbeiter und ihrer Staatsmacht selbst verlieren die bisherigen Kampfmethoden der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung (Streik, passive Resistenz usw.) ihren Sinn. Sie verwandeln sich jetzt in ebensoviele Anschläge gegen die Arbeitermacht selbst. Sie behalten ihren Sinn nur für diejenigen Betriebe, die der Rätestaat noch in den Händen kapitalistischer Unternehmer gelassen hat. Der Rätestaat ist verpflichtet, in allen Konflikten zwischen Arbeiter und kapitalistischen Unternehmern zugunsten der Arbeiter einzugreifen.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ändert sich ebenfalls von Grund auf die Rolle der Gewerkschaften. Aus Organen des wirtschaftlichen Kampfes und der revolutionären Umwälzung verwandeln sie sich in hervorragend wichtige Organe der Durchführung der sozialistischen Wirtschaft. Zu diesem Zweck müssen sie sich aus Berufs- und Industrieverbänden in Produktionsverbände umstellen. Sie müssen in allen Wirtschaftsorganen des Staates vertreten sein.

Die Konsum- und Produktivgenossenschaften werden der sozialistischen Gesamtwirtschaft eingegliedert. Sie verwandeln sich in staatliche Organe der Verteilung und der Produktion.

28. In dem Maße, wie die proletarische Diktatur ihre Ziele durchsetzt, den Widerstand der Bourgeoisie bricht, den Sozialismus verwirklicht und damit die Klassen aufhebt, macht sie ihre Unterdrückungsorgane, d. h. den proletarischen Staat und damit die letzte Form des Staates überflüssig.

Der Staat stirbt ab.

Die sozialistische Gesellschaft, die notgedrungen mehr oder weniger an die ökonomischen, sittlichen und geistigen Vorstellungen der alten Gesellschaft anknüpft, streift die letzten Erinnerungen an sie ab. Sie geht über in die kommunistische Gesellschaft.

An Stelle des abgestorbenen Staates tritt die gesellschaftliche Verwaltung, deren Grundlage ein geistig völlig umgewandelter Menschenschlag ist.

4. Abschnitt.

Internationale Aufgaben.

29. Die Eroberung und Behauptung der politischen Macht ist in allen Stadien in ausschlaggebender Weise auf das internationale Zusammenwirken der Arbeiterklasse und der vom Kapitalismus unterdrückten Völker angewiesen. Die als Kommunistische Internationale konstituierte einheitliche Kommunistische Partei vertritt bewußt und planmäßig die internationale Einheit des proletarischen Befreiungskampfes. Sie setzt in allen Befreiungskämpfen, die sich im nationalen Rahmen entspinnen, das Gesamtinteresse des Weltproletariats durch. Die Interessen der internationalen Revolution sind allen nationalen revolutionären Interessen übergeordnet. Die Kommunistische Internationale ist das Vaterland aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Nationen. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als eine Sektion der revolutionären Weltmacht der Kommunistischen Internationale eingereiht. Die Kommunistische Internationale faßt alle revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zusammen zur Verteidigung der bereits bestehenden Proletarierstaaten, zur solidarischen Führung des Klassenkampfes auf internationaler Stufenleiter, zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, zur Befreiung der Kolonial- und Halbkolonialländer von imperialistischer Knechtung und Bedrückung, zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Vernichtung der imperialistischen Friedensverträge.

Das Ziel der kommunistischen Internationale ist der Weltbund der Räterepubliken.

Aus dem Trümmerfeld, dem Chaos, der blutigen Barbarei der zusammenbrechenden kapitalistischen Welt, wird die Kommunistische Internationale der unterdrückten Menschheit den Ausweg bahnen. Es gilt, eine Welt von Trümmern aus dem Wege zu räumen, es gilt, eine Welt von Feinden zu besiegen, es gilt, eine neue Welt aufzubauen.

Proletarier und unterdrückte Völker aller Länder um die Fahne der Kommunistischen Internationale, vereinigt Euch!

Die Wohnungsnot, eine Geißel der Armen.

Für Bourgeois 13 Zimmer. — Für Proletarier 1 Zimmer.

In Breslau herrscht große Wohnungsnot. Das wird von den Stadtverordneten beinahe in jeder Sitzung mit kummervoller Miene festgestellt. Aber von den Herren im Stadtparlament wird nichts unternommen, der Wohnungsnot auch nur im geringsten beizukommen. Im Gegenteil, der städtische Wohnungskommissar befleißigt sich, all denen eine Wohnung zu beschaffen, die keine brauchen. Unter dem großen Heer der Wohnungslosen ist kein einziger Bourgeois, die sitzen mollig und warm in ihren vielen und großen Wohnungen, deren Besitz sie letzten Endes dem Wohnungskommissar verdanken. Tausende von Proletariern aber sind wohnungslos, hausen in kalten Dachstuben und feuchten Kellerlöchern und warten schon Jahre lang darauf, eine Wohnung zugewiesen zu bekommen.

Nirgends treten die

Klassengegensätze so kraß

hervor wie im Wohnungswesen. In allen größeren Städten, und besonders in Breslau, herrscht grenzenloser Mangel an Wohnungen, so daß Menschen unter schlimmeren Verhältnissen als das Vieh wohnen müssen. Dabei bewohnen aber einzelne, natürlich solche, die Geld haben, Wohnungen mit 13, 15 und noch mehr Zimmern. Und die von der Stadt zur Linderung der Wohnungsnot eingesetzten

Behörden vergrößern das Elend,

indem sie wiederum nur für die Reichen Wohnungen besorgen und die Armen im Hausflur oder auf der Straße verrecken lassen.

Um den Arbeitern zu zeigen, wie groß das Wohnungselend ist, aber auch um den Beweis zu führen, daß die Wohnungsnot nur für die Proletarier zu spüren ist, veröffentlichen wir heute einige der zahlreichen Hilferufe, die uns aus Breslauer Wohnungslosenkreisen zugehen.

Arme werden an die Luft gesetzt.

Am 20. 9. schrieb uns ein Arbeiter: Ich habe als Wohnung eine zweifenstrige Stube inne, sowie im Boden einen Raum ohne Ofen. Für das Bewohnen dieser Räume leistete ich bis zum 1. August Hausmeisterdienste für zwei Häuser und bekam dafür am Monatsende noch 30 Mark bares Geld. Durch die Teuerung war ich gezwungen, an den Wirt wegen Zulage heranzugehen. Er versprach mir von Monat zu Monat, zuzulegen — aber zahlte nicht mehr. Am 1. August gab ich ihm die Schlüssel mit der Erklärung, daß ich für 30 Mark monatlich das Amt nicht mehr bekleide. Er nahm die Schlüssel und schickte mir die Kündigung. Das Geld aber — 30 Mark für Juli und 27 Mark, die ich verauslagt hatte — gab er mir nicht. Ich wandte mich an den Hausmeisterverband, dem ich seit zwei Jahren angehöre. Er half mir jedoch nicht, sondern sagte, daß ich kein Recht bekäme, ich hätte die Berechnung weiter ausführen sollen. Ich wurde vors Amtsgericht geladen und wollte einen Vertreter vom Verbande haben. Herr Vogel hatte aber gerade keine Zeit und Frau Kudnert (die Vorsitzende des Verbandes!) meinte, sie könne nicht mitgehen, das sei ein zu schwieriger Fall. Ich wurde also zur Räumung verurteilt und sitze mit meiner Frau und drei schulpflichtigen Kindern (7, 8 und 9 Jahre) im Boden und auf dem Flur. Ueber Nacht schlafen die Kinder auf dem Flur und wir im Boden. Wir können uns kein Essen kochen. Andere Leute sind nicht so gefällig. Ich muß also in diesen ungeordneten Verhältnissen wohnen und kann die Kinder nicht zur Schule schicken.

Zum Schluß will ich noch mitteilen, daß der Hauswirt, der mich an die Luft setzen ließ, und mich um die 57 Mark betrügen will, der mehrfache Millionär Emanuel Bielschowsky, Tauentzienstraße 42, ist.

Reiche können Wohnungen verschieben.

Die Kehrseite der Wohnungsnot wird uns vom selben Arbeiter geschildert:

Schweidnitzer Straße 8 wohnte eine Familie Striem. Sie hatte die Wohnung von der früheren Inhaberin Anna Mai ohne Wohnungskommissar übernommen. Frau Striem hat von 1920 bis 1. September 1922 auf den Namen Mai gewohnt und auch Brotmarken bezogen. Am 1. September verzog die Familie Striem nach Gleiwitz. Sie ließ jedoch die Möbel stehen und meldete die Wohnung auch nicht frei. Am 19. September kam ein Möbelwagen aus Gleiwitz. Es wurden Sachen eingeräumt und die von Striems ausgeräumt. Nunmehr wohnen wieder andere Leute in der Wohnung, die zum zweiten Male verschoben wurde. Und das geht alles so. Proletarier aber können im Hausflur verrecken. Max St.

Ein anderer Hilferuf eines Proleten.

Von einem anderen Arbeiter erhalten wir folgendes Schreiben:

In meiner Verzweiflung wende ich mich an die Zeitung und bitte, mein Elend öffentlich bekanntzugeben. Wir sind 7 Personen, 4 Erwachsene und 3 Kinder im Alter von 2—9 Jahren, und bewohnen ein zweifenstriges Zimmer. Die Kinder sind dauernd krank, da es in das Zimmer hineinregnet. Im Sommer fressen uns die Wanzen auf, da das Zimmer 18 Jahre nicht renoviert wurde. Seit einem Jahre bin ich auf dem Wohnungsamt eingetragen. Immer wieder wird mir gesagt: „Sie kriegen eine Wohnung, wenn wir eine haben." Vom Regierungspräsidenten, an den ich schrieb, bekam ich dieselbe Antwort. Auch habe ich mich beim Magistratsbüro für Kleinwohnungsbau, Blücherplatz, um eine Wohnung in dem neuen Acht-Familienhaus in Dürrgoy beworben. Es wurde mir gesagt, ich könnte nicht darauf rechnen. Was soll ich jetzt machen? Robert K.

Die Villa des Kohlenhändlers.

Mit Hilfe des Wohnungskommissars bewohnt der Großkohlenhändler und Millionär Schmidt die Villa Eichendorffstr. 29, mit 13 Zimmern, Küche und Waschküche. Schmidt hat eine Frau, drei kleine Kinder und ein Dienstmädchen. Mit diesen 6 Personen bewohnt er die große Villa ganz allein. Natürlich braucht Herr Schmidt eine größere Wohnung, um die vielen Vorräte an Lebens- und Genußmitteln, Kleidungsstücken und Wäsche unterzubringen, die er für die zusammengerafften Millionen kauft. In dieser Villa mit den 13 Zimmern hätten bequem drei bis fünf Familien Platz. So bewohnt sie eine einzige Familie — weil das Geld da ist. Womit wird der Wohnungskommissar sich rechtfertigen? R. W.

Die vorstehend veröffentlichten Briefe sind nur eine kleine Auslese von denen, die uns von Wohnungslosen zugehen. Und wiederum ist es nur ein verschwindend kleiner Teil Wohnungsloser, die sich an die Öffentlichkeit wenden. Daran ist zu ermessen, wie unendlich groß das Wohnungselend in Breslau ist.

Wir wissen, daß das Wohnungselend nicht beseitigt werden kann, so lange die angeblichen Vertreter der Arbeiter mit dem Bürgertum zusammen in der Koalitionsregierung sitzen, solange sie mit der Bourgeoisie die Macht teilen. Denn solange werden die Bürgerlichen all ihre Macht und Einfluß aufwenden, ihre geräumigen Villen zu behalten. Aber wir fragen:

Warum haben die Sozialdemokraten, — die die Mehrheit im Stadtparlament haben, nicht den letzten Versuch gemacht, die Wohnungsnot zu lindern? Warum haben sie ihre Macht im Stadtparlament (von der sie ja so viel halten!) nicht angewandt, die Beschlagnahme der großen Bourgeoiswohnungen durchzuführen und damit denen Wohnungen zu verschaffen, die im Freien, in Kellerlöchern oder Dachstuben kampieren müssen?

Die Breslauer Sozialdemokraten tragen die volle Verantwortung für das schreckliche Wohnungselend. Auf sie kommen die Flüche der Proleten, die sich in erbärmlichen Wohnlöchern herumplagen müssen. Auf das Gewissen der Breslauer Sozialdemokraten kommen alle diejenigen, die im kommenden Winter auf der Straße erfrieren müssen, weil sie keine Wohnungen haben.